



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel Nr. 5

**Oktober 2008 -
Dezember 2008**



PRESSEDIENST



Börnsen/Eisel: Fairness gegenüber neuen Autoren

Zum Beginn der Frankfurter Buchmesse erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB, und das stellvertretende Mitglied der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, Dr. Stephan Eisel MdB:

Die Frankfurter Buchmesse ist die weltweit führende Leistungsschau der Buchbranche. Sie ist die größte Buchmesse der Welt. 402.284 ausgestellte Einzeltitel, das ist einmalig! 100 Länder sind beteiligt, fast 7.400 Einzelaussteller.

Mit der Frankfurter Buchmesse, mit der von Leipzig und den vielen Regionalausstellungen festigt Deutschland seinen Standort als eines der weltweit bedeutendsten Buchländer. Diese großartige Entwicklung darf nicht den Blick auf bestehende Probleme verstellen. Dazu gehört die wirtschaftliche Situation neuer, besonders junger Autoren. Ihre Zugangsbedingungen zum Buchmarkt werden bei einem Teil der deutschsprachigen Verlage schwieriger. Sachkenner warnen vor einer unheilvollen Entwicklung. Schwarze Schafe unter den Verlagen verlangen von Neuauteurs hohe Druckkostenbeteiligungen oder Selbstzahlungen. Rechtliche und qualitative Standards werden aufgeweicht; einige Pseudoverlage nutzen die Unerfahrenheit junger Autoren aus. Kritiker bezeichnen diese Geschäftspraktiken als „Gelddruckmaschinen auf dem Rücken der Autoren“. Damit schadet man dem Engagement und der Motivation der neuen Kreativen, damit beschädigt man die Literaturbranche insgesamt. Die Gemeinschaft der Verlage ist aufgerufen, in den eigenen Reihen für Rechtsklarheit und Fairness zu sorgen. Die „Fairlag-Erklärung“ der jungen Autoren aus drei Ländern ist Ernst zuzunehmen. Die Frankfurter Buchmesse sollte auch den Dialog für mehr Autorenrechte befördern.

MITTEILUNG 829 | 14.10.2008

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB

Redaktion:

Dr. Christiane Schwartke (030) 227-5 23 60

Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75

Martin Kreienbaum (030) 227-5 48 06

Dr. Dominik Geißler (030) 227 5 27 03

Telefax (030) 227-5 86 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

>>> **CDU/CSU**
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

www.cducsu.de

A

Schaufenster Blickpunkt
15. 10. 2008

(mt). - Die Bonner Künstlerin **Danuta Franzen** zeigt noch bis zum Ende des Jahres die Ausstellung „Antizzi“ im Wahlkreisbüro von **Stephan Eisel**, Markt 10-12, 5. Stock. Gezeigt werden 44 Portraits als Kaltnadelradierungen. Die Ausstellung kann wochentags von 9 bis 17 Uhr besichtigt werden.

General-Anzeiger
17. 10. 2008

Bundesmittel für Bonner Kultur

Gute Nachricht für die Bonner Kultur: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern weitere 2,5 Millionen Euro für „laufende kulturelle Aufwendungen der Bundesstadt Bonn“ freigegeben. Das teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** mit. Der Bund hatte sich verpflichtet, für die Jahre 2002 bis 2010 insgesamt 44,4 Millionen Euro für die Umstrukturierung des Bonner Theaters zur Verfügung zu stellen. Der Haushaltsausschuss hatte dazu im November 2007 einen Zwischenbericht über die bisherige Verwendung der Mittel verlangt. In dem jetzt vorliegenden Bericht wird der Umstrukturierungsprozess in Theater und Orchester ausgesprochen positiv beurteilt. Man geht davon aus, „dass mit Beendigung der Bundesförderung im Jahr 2010 ein qualitativ hochwertiges Theater sowie Orchester von der Bundesstadt Bonn unterhalten wird.“ ga



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 53

16. Oktober 2008

Haushaltsausschuss entsperrt 2,5 Mio € für Bonn

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner heutigen Sitzung 2,5 Mio € für „laufende kulturelle Aufwendungen der Bundesstadt Bonn“ freigegeben. Dies teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit: „Der Bund hat neben den 2003 ausgelaufenen Ausgleichsmitteln für verschiedene Bonner Kultureinrichtungen für die Jahre 2002 – 2010 zusätzlich 44,4 Mio € für die Umstrukturierung des Theaters der Bundesstadt Bonn bereitgestellt. Da diese Umstrukturierung positiv verläuft, gibt der Haushaltsausschuss jetzt die im letzten Jahr gesperrten Mittel frei. Das ist auch eine Anerkennung für die schwierigen Anpassungsleistungen in Theater und Orchester in den letzten Jahren.“

Mit der Bonn-Vereinbarung 2002/2003 hatte sich der Bund verpflichtet, die Stadt Bonn nach dem Parlaments- und teilweisen Regierungsumzug zu unterstützen, „um in künstlerischer Hinsicht ein bundesstädtischen Niveaus in Theater und Orchester langfristig zu gewährleisten“. Der Haushaltsausschuss hatte dazu im November 2007 einen Zwischenbericht über die bisherige Mittelverwendung verlangt. Diesen Bericht hat die Bundesregierung jetzt vorgelegt. Darin wird der Umstrukturierungsprozess in Theater und Orchester positiv beurteilt, u. a. weil „die Anzahl der Produktionen gegenüber den Spielzeiten 2003/04 nicht wesentlich verringert und alle Spielorte erhalten werden konnten“. Der Bericht der Bundesregierung geht davon aus, „dass mit Beendigung der Bundesförderung im Jahr 2010 ein qualitativ hochwertiges Theater sowie Orchester von der Bundesstadt Bonn unterhalten wird.“ Dies sei wichtig, weil „der Status der Stadt Bonn als Bundes- und UN-Stadt eine angemessene kulturelle Infrastruktur verlangt und voraussetzt.“ Ausdrücklich hält der Bericht auch fest: „Was das Beethoven Orchester Bonn angeht, spielt die besondere Bedeutung der Stadt als Geburtsstadt Beethovens eine zusätzlich wichtige Rolle – jetzt auch im Blick auf das geplante Festspielhaus.“ Eisel, der Mitglied im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages ist, unterstrich in diesem Zusammenhang „dass eine kluge städtische Kulturpolitik in der Bundes- und Beethovenstadt zentrale Voraussetzung für das weitere Engagement des Bundes in Bonn ist.“

Bonner Rundschau
17. Oktober 2008

Dickes Minus für Bundeskunsthalle

Besucherzahl 2007 ging um 400 000 zurück – Vorwürfe an alte Geschäftsführung

Von BERNWARD ALTHOFF

BONN. Einen herben Rückgang der Besucherzahlen verzeichnet die Bundeskunsthalle in Bonn für das Jahr 2007. Statt der 1,3 Millionen Besucher im Jahre 2006 fanden 2007 900 000 Besucher den Weg in die Bundeskunsthalle, was ein Drittel Schwund bedeutet. So musste der Bund als Hauptgeldgeber neben den 18 Millionen Euro an jährlichen Zuwendungen an die Bundeskunsthalle weitere 2,4 Millionen Euro zubuttern, um die Verluste auszugleichen.

Der neue Geschäftsführer, Direktor Bernhard Spies, bestätigt auf Rundschau-Nachfrage den Besucherchwund, gibt aber zu bedenken: „Der Rückgang hat sich nur marginal auf das finanzielle Ergebnis ausgewirkt. Fehlendes Controlling und eine unsystematische Haushaltsplanung haben dazu geführt, dass die ehemalige Geschäftsführung den Überblick über die von ihr eingegangenen Zahlungsverpflichtungen verloren. Darüber hinaus resultiert der Verlustvortrag aus Maßnahmen und Entscheidungen der alten Geschäftsführung.

GELD VOM BUND

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern 2,5 Millionen Euro für „laufende kulturelle Aufwendungen der Bundesstadt Bonn“ freigegeben. Dies teilte der Bonner Bundeslagsabgeordnete Stephan Engel (CDU) mit. „Der Bund hat neben den 2003 ausgeliehenen Ausgleichsmitteln für verschiedene Bonner Kultureinrichtungen für die Jahre 2002-2010 zusätzlich 44,4 Millionen Euro für die Umstrukturierung des Theaters der Bundesstadt bereitgestellt.“ Diese Umstrukturierung verlaufe positiv. (EB)

die zu erheblichen Rückstellungen und Rückforderungen führen. Folge waren offen stehende Rechnungen in unermwartetem Umfang, die zu dem gewaltigen Verlustvortrag führte.

Der Rückgang hat aber auch andere Gründe. Schließlich war das Jahr 2006 mit der riesigen Guggenheim-Schau und Rekordzahlen bei den Open Air-Konzerten mit freiem Public Viewing während der Fußball-WM ein absolutes Re-



Eine Ägypten-Ausstellung allein macht noch keinen „Ausstellungssommer“. Die Besucherzahlen in der Bundeskunsthalle gingen 2007 um 400 000 gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Gründe für den Schwund sind vielfältig. (Foto: Böschmeyer)

korjahr für die Bundeskunsthalle gewesen. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass damals die Zahl der Konzertbesucher noch in die allgemeine Besucherbilanz mit einfließen, was jetzt nach der Trennung – die Ägypten-Schau – die „Versunkene Schätze“ – zu 86-

hen, was natürlich auch auf die Bilanz drückt. 2007 war halt ein „Annus horribilis“ für die Kunsthalle gewesen.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 54

20. Oktober 2008

Eisel und Kelber zum Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler

Zum ersten Mal seit vielen Jahren taucht das Thema Bonn-Berlin nicht mehr im sog. "Schwarzbuch" des Bundes der Steuerzahler über angebliche Steuerverschwendung auf. Darauf haben die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) hingewiesen. In einer gemeinsamen Stellungnahme der beiden Abgeordneten heißt es:

"Die Einsicht des Bundes der Steuerzahler kommt überraschend, ist aber erfreulich. Wir Rheinländer geben nie die Hoffnung auf, dass auch die Ungläubigen bekehrt werden. Der Bund der Steuerzahler hat wohl eingesehen, dass er mit seinen unseriösen Zahlenspekulationen durch den Bericht der Bundesregierung an den Haushaltsausschuss im August endgültig widerlegt ist. Dort ist im einzelnen aufgeschlüsselt, dass die Aufteilung auf zwei Regierungsstandorte jährlich nur 8,8 Mio Euro kostet und damit um ein Vielfaches billiger ist als alleine die Zinsen für die Verschuldung, die ein Totalumzug nach Berlin mit sich bringen würde. Deshalb wäre ein solcher Totalumzug eine unverantwortliche Steuerverschwendung. Es ist also nur logisch, dass im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler das Thema ausgespart wird."

Der Bund der Steuerzahler e.v. hatte sein „36. Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung 2008“ Anfang Oktober vorgelegt.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 55

21. Oktober 2008

Scharfe Kritik am Krisenmanagement der Bahn

In einem Brief an Bahnchef Hartmut Mehdorn hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) scharfe Kritik am Krisenmanagement der Deutschen Bahn angesichts der aktuellen Sicherheitsüberprüfung bei ICE-Zügen geübt: „Ich nehme nur das Beispiel der ICE-Strecke Siegburg-Frankfurt. Dort sind seit über einer Woche völlig überfüllt, die Fahrgäste stehen in den völlig überfüllten Gängen, für Teilstrecken werden Busse eingesetzt und jetzt entfallen ganze Verbindungen. Die Bahnkunden werden darüber nur unzureichend informiert und auf ihrer Internet-Seite nennt die Bahn das Ganze „Komforteinschränkungen“. Für diesen Umgang mit den Kunden habe ich keinerlei Verständnis und es ist kein Wunder, dass sich bei mir die Beschwerden der Bürger häufen.“

Der Brief von Eisel an Mehdorn hat folgenden Wortlaut:

*„Sehr geehrter Herr Mehdorn,
für das aktuelle Krisenmanagement der Deutschen Bahn in Folge der notwendigen Überprüfung von Radsatzwellen der ICE-Flotte habe ich keinerlei Verständnis.
Selbstverständlich begrüße ich die Sicherheitsüberprüfung. Sicherheit hat bei einem Hochgeschwindigkeitszug Priorität vor allem anderen. Es darf mit dem ICE nicht noch einmal eine Katastrophe geben. Daher müssen die Sicherheitsüberprüfung an den Radsatzwellen und anderen sicherheitsrelevanten Bauteilen so gründlich wie möglich und so häufig wie nötig erfolgen. Dabei irritiert freilich, dass die Überprüfungsintervalle innerhalb kurzer Zeit immer wieder neu festgelegt werden.*

Nicht einverstanden bin ich allerdings mit der Art und Weise, wie die Bahn während der Sicherheitsüberprüfung den laufenden Betrieb fortführt und wie sie dabei mit ihren Kunden umgeht.

Ich nehme als Beispiel die ICE-Strecke Bonn/Siegburg – Frankfurt, die von besonders vielen Bonner Bürgern genutzt wird. Seit dem 13.10.2008 ist die Situation auf dieser Zugverbindung unerträglich geworden. Bei mir häufen sich die Beschwerden darüber: Auf dem Siegburger Bahnhof steigen morgens regelmäßig etwa 100-150 Personen in den genannten Zug. Nur wenige Personen steigen dort aus. Da die Züge in halber Länge verkehren, steht nur die Hälfte der üblichen Platzkapazität zur Verfügung. Da der betreffende



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 55

21. Oktober 2008

Zug im Normalverkehr bereits voll ausgelastet ist, können die Fahrgäste derzeit nur aufgenommen werden, indem in sämtlichen Wagen Fahrgäste in den Gängen stehen, einschließlich Speisewagen und 1. Klasse. Es herrscht eine derartige Überfüllung, dass es unmöglich ist, sich im Zug fortzubewegen, etwa um einen kostenpflichtig reservierten Sitzplatz oder das WC aufzusuchen.

Die Deutsche Bahn AG hat diese massive Service-Einschränkung nicht im Voraus angekündigt, weder auf der Internet-Seite, noch über die Medien. Auf der Internetseite www.bahn.de werden diese unerträglichen Zustände und der Wegfall ganzer Züge jetzt euphemistisch als „Komforteinschränkung“ bezeichnet.

Angesichts dieser Lage wäre ich für die Beantwortung folgender Fragen dankbar:

- 1. Wie steht es um die Sicherheit der Fahrgäste, wenn in einem Hochgeschwindigkeitszug eine Vielzahl von Personen auf Stehplätzen befördert wird (derzeit etwa 30-40 stehende Fahrgäste pro ICE-Wagen)?*
- 2. Warum hat die Deutsche Bahn AG ihre Kunden nicht rechtzeitig, d.h. vor Halbierung der ersten Züge über Art, Grund und Dauer der Serviceeinschränkung informiert?*
- 3. Warum werden Stammkunden, die bei der Deutschen Bahn AG eine E-Mail-Adresse hinterlegt haben, nicht rechtzeitig über dieses Kommunikationsmedium informiert?*
- 4. Die Beförderung in Fernzügen schließt – anders als in S-Bahnen oder Nahverkehrs-zügen – üblicherweise einen Sitzplatz ein. Bietet die Deutsche Bahn AG Kunden, die unter den geschilderten unzumutbaren Bedingungen gereist sind, die Rückerstattung zumindest eines Teils des Beförderungsentgelts an?*
- 5. Vorübergehend wird offenbar die gleiche Menge zahlender Fahrgäste mit der Hälfte der Zugkapazität befördert. Falls die Deutsche Bahn AG eine solche Teilerstattung des Fahrpreises nicht anbieten sollte, macht das Unternehmen dann ggf. sogar einen zusätzlichen Gewinn mit der derzeitigen Beförderungspraxis?*
- 6. Wird die Deutsche Bahn AG künftig mehr Ersatzzüge vorhalten, um Situationen wie dieser angemessen begegnen zu können?*
- 7. Wer ist bei der Deutschen Bahn AG für das schlechte Management im Zusammenhang mit der laufenden Sicherheitsüberprüfung verantwortlich und welche Maßnahmen ergreift ggf. das Unternehmen um sicherzustellen, dass sich dies künftig ändert?*

Für eine zügige Beantwortung dieser Fragen wäre ich dankbar, damit ich meinerseits auf die entsprechenden Bürgerbeschwerden reagieren kann.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Stephan Eisel
- Für Bonn im Bundestag -"

Bonner Rundschau
20. 10. 2008

Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher
ist sechster Aalkönig

DIE IDEE

Was vor einigen Jahren mit der Initiative zur Rettung des Aalschokkers „Aranka“ begann, hat sich zum herausragenden gesellschaftlichen Ereignis Bad Honnefs gemausert und erregt **Aufsehen über die Grenzen der Stadt** hinaus. Ein kurzer Blick auf die Gästeliste macht die „Internationalität“ der letzten wahren Monarchie des Rheinlandes deutlich: Aus Mecklenburg-Vorpommern kam Landrätin Bettina Paetsch, aus Schwerin der Landtagsabgeordnete Werner Kuhn- und gar aus dem fernen Bonn Stefan Eisel (MdB).

Wie Friedhelm Ost launig formulierte: „Wer bei Hofe ist, ist **von höchstem Adel** und prominentes Mitglied der „Highsociety of the United Eel-Kingdom.“
(top)

Express

21. 10. 2008

Bonner MdBs zufrieden

Bonn – Die Bonner Bundestags-Kandidaten Dr. Stefan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) zeigen sich in einer gemeinsamen Erklärung positiv überrascht, dass der Bonn-Berlin-Ausgleich nicht mehr im „Schwarzbuch“ des Bundes der Steuerzahler auftaucht.

Schau Fenster Blickpunkt
22. 10. 2008

(SF/JW).- Der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** hofft, dass anlässlich des 60. Geburtstages des Grundgesetzes im nächsten Jahr eine Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn stattfinden wird:

„In vielen Gesprächen habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung zum Grundgesetzjubiläum ein besonderes Zeichen im alten Bonner Regierungsviertel setzt, wo das Grundgesetz entstanden ist. Ich bin zuversichtlich, dass mein Vorschlag aufgegriffen und die Regierung 2009 erstmals nach dem Berlin-Umzug wieder in Bonn tagen wird.“ Wie Eisel mitteilte, muß die endgültige Entscheidung noch getroffen werden, aber die Idee habe wichtige Fürsprecher „bis in höchste Regierungskreise“ hinein, so der Bundestagsabgeordnete.

Bonner Rundschau 22. 10. 2008

Schmökern mit Westerwelle

Prominente aus Politik und Kultur lesen Kindern in Büchereien aus ihren Lieblingsbüchern vor

BONN. Welches ist Guido Westerwelles Lieblingsbuch? Das verrät der Bundespolitiker am Freitag, 24. Oktober, in Bonn. Denn dann stellen der FDP-Bundesvorsitzende, seine FDP-Kollegin Barbara Wrany aus dem Kulturausschuss der Stadt Bonn und der Comedian Bernhard Hoëcker ihre liebsten Bücher in Bonner Bibliotheken vor.

Sie nehmen teil an der bundesweiten Kampagne „Deutschland liest. Treffpunkt

Bibliothek“, an der sich die Stadt Bonn vom 24. bis 31. Oktober beteiligt. Zum Auftakt wird Guido Westerwelle von Mittelstufen-Schülern um 10 Uhr in der Zentralbibliothek am Bottlerplatz erwartet. Barbara Wrany schmökert zur gleichen Zeit mit Grundschulkindern in der Dottendorfer Stadtteilbibliothek in „Puh der Bär“. Wer Bernhard Hoëcker lauschen möchte, trifft ihn um 11 Uhr in der Ortsbibliothek von Tannenbusch.

Bis zum 31. Oktober lesen weitere Prominente aus selbst gewählten Werken vor. Christoph Biemann von der „Sendung mit der Maus“ will am Samstag, 25. Oktober, um 11 Uhr seinen Buchtipp in der Bezirksbibliothek Bad Godesberg preis geben. Die Abgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) haben sich für den 28. Oktober zum Lesedienst gemeldet. (EB)

 www.bonn.de



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 56/08

27. Oktober 2008

Schavan holt UNESCO-Konferenz nach Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Besuch bei der Deutschen UNESCO-Kommission mitteilte, wird Bonn im Frühjahr 2009 Gastgeber der wichtigen „UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sein: „Bildungsministerin Annette Schavan hat diese wichtige Konferenz nach Deutschland geholt und Bonn als Konferenzstandort durchgesetzt. Das stärkt den UN-Standort Bonn und passt auch gut zu Bonn als Sitz der Deutschen UNESCO-Kommission.“

Zu der UNESCO-Konferenz, die vom 31. März bis 2. April 2009 im World Conference Center stattfindet, werden über 700 Teilnehmer aus aller Welt erwartet. Eisel wies darauf hin, dass zur Zeit Vorbereitungstreffen u. a. in Nairobi, Paris, Göteborg und Tokio stattfinden: „Schon das zeigt die weltweite Bedeutung des Bonner Kongresses. Im Mittelpunkt steht der Bildungsaustausch zur nachhaltigen Entwicklung zwischen Industrie-, Schwellen und Entwicklungsländern.“ Bildungsministerin Annette Schavan sagte dazu: „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Leitfaden bei der Weiterentwicklung unseres Bildungswesens. Für diesen Weg brauchen wir den internationalen Austausch von Erfahrungen und Ideen. Die Weltkonferenz 2009 in Bonn bietet dafür allen Beteiligten eine hervorragende Gelegenheit.“

Veranstalter der Konferenz sind die UNESCO und das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission. Die Deutsche UNESCO-Kommission wurde bereits im Mai 1950 gegründet und hat seitdem ihren Sitz in Bonn. Sie ist eine vom Auswärtigen Amt geförderte Mittlerorganisation der Auswärtigen Kulturpolitik und zugleich Nationalkommission nach der UNESCO-Verfassung. Im Bonner Sekretariat sind etwa 20 Mitarbeiter beschäftigt. Eisel informierte sich als Mitglied des zuständigen Bundestagsausschusses für Auswärtige Kulturpolitik vor Ort über die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -164 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 57/08

29. Oktober 2008

Merkel übernimmt Schirmherrschaft für den „Löwen von Bonn“

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, übernimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel im nächsten Jahr die Schirmherrschaft für das internationale Fechtturnier „Löwe von Bonn“: „Auf Initiative des Olympischen Fechtclub Bonn habe ich mich bei der Bundeskanzlerin um die Schirmherrschaft bemüht. Als sie von mir erfuhr, dass dieser Bonner Traditionsverein im nächsten Jahr wie das Grundgesetz seinen 60. Geburtstag feiert, hat sie sofort zugesagt. Das ist ein schönes Zeichen der Verbundenheit mit dem Bonner Sport, der bei den Olympischen Spielen im Fechten, Modernen Fünfkampf und Rollstuhlbasketball ja auch Medaillen nach Deutschland gebracht hat.“

Das 37. Turnier „Löwe von Bonn“ wird im nächsten Jahr als Weltcupturnier im Herrenflorett ausgerichtet und findet vom 28. Februar bis zum 1. März erstmals in der neuen Telekom-Basketshalle statt. Wie Eisel mitteilte, stiftet die Kanzlerin über die Schirmherrschaft hinaus auch einen eigenen Preis für den besten Nachwuchsfechter.

Der Olympische Fechtclub Bonn hat seit seiner Gründung vor 60 Jahren zahlreiche herausragende Sportler hervorgebracht, darunter viele Medallengewinner bei Olympischen Spielen. Zuletzt hat in Peking der OFC-Fechter Benjamin Kleibrink bei seiner ersten Olympiateilnahme die Goldmedaille im Florett gewonnen. Die zweite Olympia-Teilnehmerin Imke Duplitzer erreichte bei ihrer vierten Olympiateilnahme den 5. Platz im Degen-Turnier. Eisel verbindet mit der Schirmherrschaft der Kanzlerin auch die Hoffnung, dass „Bonn seine große Tradition als Fechtzentrum auch in Zukunft halten und ausbauen kann“. Auch der Deutsche Fechterbund hat seinen Sitz in Bonn.

Bonner Rundschau
28. 10. 2008

Frühjahr 2009: Konferenz der Unesco in Bonn

BONN. Wie der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Besuch bei der Deutschen Unesco-Kommission mitteilte, soll Bonn im Frühjahr 2009 Gastgeber der „Unesco-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sein: „Bildungsministerin Annette Schavan hat diese wichtige Konferenz nach Deutschland geholt und Bonn als Konferenzstandort durchgesetzt“, so Eisel. „Das stärkt den UN-Standort Bonn und passt gut zu Bonn als Sitz der Deutschen Unesco-Kommission.“ Zu der Konferenz, die vom 31. März bis 2. April 2009 im World Conference Center stattfindet, werden rund 700 Teilnehmer aus aller Welt erwartet. Veranstalter sind die Unesco und das Bundesbildungsministerium. (EB)

General-Anzeiger
1. 12. 11. 2008

■ Vor dem Hintergrund der guten deutsch-chilenischen Beziehungen besuchte der Botschafter des Andenstaates Chile, **Alvaro Rojas**, einst Student in Bonn, den CDU-Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel**. Gesprächsthema war unter anderem die ehemalige Rolle Bonns als Standort der Bundesregierung. swp



Zu Gast bei Stephan Eisel: Alvaro Rojas (r.). FOTO: LANNERT

Schaufenster
28. 10. 2008

(SF/JW).- Die Bonner Künstlerin **Danuta Franzen** stellt Werke im Wahlkreisbüro des Bonner **Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel** aus. **Danuta Franzen** wurde in Danzig geboren. Das Studium der Malerei, Fachrichtung freie Kunst an der staatlich anerkannten **Alanus Hochschule in Alfter** bei Bonn schloss sie mit einem Diplom ab und arbeitet seitdem als freie Künstlerin in der Nähe von Bonn. Mit der Ausstellung setzt Eisel die Reihe „Kunst im Blick“ der Regionalgruppe des Bundesverbandes Bildender Künstler (BBK) fort und unterstützt so das Modell



„Ausstellungsverleih im Rahmen der Aktion Kunst braucht engagierte Freunde.“ Die Ausstellung ist bis Ende des Jahres im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, 5. Stock von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen.

General-Anzeiger
30. 10. 2008

Merkel wird Schirmherrin

Löwe von Bonn findet
im Telekom Dome statt

BONN. Bundeskanzlerin Angela Merkel übernimmt im kommenden Jahr die Schirmherrschaft über das Herrenflorett-Weltcupturnier um den „Löwen von Bonn“. Das teilte gestern der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** mit.

Auf Initiative des Olympischen Fichtclubs Bonn habe er sich bei der Bundeskanzlerin um die Schirmherrschaft bemüht. Weil der Bonner Traditionsclub im nächsten Jahr - wie das Grundgesetz - seinen 60. Geburtstag feiert, habe sie sofort zugestimmt, berichtete Eisel, der mit der Zusage die Hoffnung verbindet, dass „Bonn seine große Tradition als Fichtzentrum in Zukunft halten und sogar ausbauen kann“. Wie Eisel weiter mitteilte, wird die Bundeskanzlerin zusätzlich einen eigenen Preis für den besten Nachwuchsfechter ausloben.

Der 37. Löwe von Bonn findet am 28. Februar und 1. März erstmals im neuen Telekom Dome statt. nik

Express
30. 10. 2008

Angela Merkel beschirmt den Löwen von Bonn

Bonn - Da haben sich die Fechter aber gefreut: Angela Merkel wird im nächsten Jahr Schirmherrin des „Löwen von Bonn“. Das internationale Fechtturnier gehört

dem Weltcup des Herrenflorett an und wird vom 28. Februar bis 1. März in der Telekom-Baskethalle ausgetragen. Wegen des 60. Geburtstags des OFC Bonns hat die Bundeskanzlerin sofort zugesagt. Neben ihrer Schirmherrschaft spendet sie zusätzlich einen eigenen Sachpreis für den besten Nachwuchsfechter.



Kanzlerin Angela Merkel

M

General-Anzeiger 31. 10. 2008

Demnig verlegt zehn neue Stolpersteine

Die Messingplatten erinnern an tragische Schicksale zur Zeit des Nationalsozialismus



Gunter Demnig setzt die Stolpersteine ins Pflaster der Siegfried-Leopold-Straße ein.

FOTO: MAX WALS

Von Frank Auffenberg

BEUEL-MITTE. In Schrittschwindigkeit fährt ein kleiner roter Transportwagen die Siegfried-Leopold-Straße entlang. Eine Menschentraube dreht sich vor der Hausnummer 51 um und entdeckt das Auto. Stille liegt plötzlich über den 30 Wartenden. Die Wagentür öffnet sich. Ein Herr mit Hut steigt aus und beginnt sofort, Werkzeug und Steine aus dem Wagen zu holen. Die Gruppe beginnt zu applaudieren.

„Oh, der Künstler ist da“, sagt die promovierte Historikerin Ruth Schlette von der Beueler Initiative gegen Fremdenhass. Erleichterung zeichnet sich auf ihrem Gesicht ab. Eine halbe Stunde haben die Gäste auf den Kölner Bildhauer Gunter Demnig gewartet. Er hat in Beuel an diesem Nachmittag noch einiges vor. Zehn seiner Stolpersteine wird er, finanziert durch Spenden, verlegen. Mit den neuen kleinen Gedenkstätten wächst Demnigs „dezentrales Monument“, wie er die Aktion selbst bezeichnet, auf 63 Steine an.

Rückblick: 2002 stiftete die Abiturklasse des Sankt Adalheid-Gymnasiums den ersten Stein für die 1942 in Minsk ermordete Beuelerin Ruth Herz. Im gesamten Stadtbezirk lassen sich seitdem die Messingplatten im Boden der Gehwege entdecken. „Jede do-

kumentiert ein Einzelschicksal“, erklärt Schlette. Unter der Überschrift „Hier wohnte“ ist in jeder der Name, das Geburtsdatum und, sofern bekannt, Ort und Zeit des Todes des zu Gedenkenden eingraviert. „Hier erinnern wir an Lambert und Luisa Weidenbaum (geborene Baumann) sowie an ihre Töchter Julia und Martha“, so Schlette. Die Kinder wurden nach ihrer Deportation 1944 in Auschwitz ermordet, ihre Eltern starben zwei Jahre zuvor im Konzentrationslager Theresienstadt. „Gespendet wurden die Steine von der Beueler CDU und von Bundestagsmitglied Stephan Eisel sowie dem Landtagsabgeordneten Helmut Stahl“, so Schlette.

Mit ebenso präzisen wie geschickten Handgriffen setzt Demnig die neuen Stolpersteine ins Pflaster ein. In wenigen Minuten ist sein gut vorbereitetes Werk

vollbracht. Drei weitere Stationen folgen. Wenige Meter weiter setzt er Stolpersteine vor der Oberen Wilhelmstraße 1 zur Erinnerung an Samuel und Henny Levy. Während der Metzger und Viehhändler bereits im Bonner Sammellager in Enderich im Januar 1942 den Tod fand, wurde seine Frau im Juni des gleichen Jahres mit 1 000 Juden in den Reichsbahnzug Da 22 „nach Osten“ geschickt. Fast alle Insassen starben an einem unbe-

kannten Ort. Gestiftet wurden die Steine von Marianne Rümlein-Pfeiffer und Hendrikje Venne-mann-Schmidt.

Ebenfalls in direkter Nachbarschaft in der Neustraße 18 erinnert nun ein von Hildegard Hohmann gestifteter Stein an Bertha Cahn. Sie wurde im September 1942 in Treblinka ermordet.

Auch die Beueler SPD spendete drei Stolpersteine. Sie wurden in der Stroofstraße in Vilich eingesetzt und erinnern an die polnische Familie Dronk. Vater Hermann und Sohn Samuel Dronk wurden 1938 ausgewiesen, über ihr Schicksal ist bis heute nichts bekannt. Mutter Scheco Dronk wurde wegen einer paranoiden Psychose 1939 bei Hannover Opfer des gerade gestarteten „Euthanasie“-Programms.

www.stolpersteine.com

AZ



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 58

4. November 2008

Im Bundeshaushalt 2009 weitere 20 Mio € für UN-Campus

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gibt grünes Licht für weitere Mittel für den Umbau des „Alten Abgeordnetenhochhaus“ als künftigen Standort des Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen.

Dies teilten die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mit: „Für die gesamte Maßnahme sind 48,9 Mio € vorgesehen. Im Haushalt waren 17,6 Mio € veranschlagt. Für den Haushalt 2009 haben die zuständigen Berichterstatter jetzt grünes Licht für weitere 20,5 Mio € gegeben. Das ist eine erfreuliche Nachricht für Bonn, der Ausbau des UN-Campus kann planmäßig vorangehen.“

Mit dem Umbau des „Alten Abgeordnetenhochhauses“ wird der Campus der Vereinten Nationen, der schon den „Langen Eugen“ umfasst, komplettiert. Das Weltklimasekretariat beschäftigt zur Zeit rund 300 Mitarbeiter. Das Alte Abgeordnetenhochhaus, in dem früher u. a. die Fraktionsräume untergebracht waren, soll im Rahmen des Umbaus komplett energetisch saniert werden, so dass praktisch kein Heiz- und Kühlbedarf mehr benötigt wird. Das Weltklimasekretariat ist zur Zeit im Haus Carstanjen untergebracht.

Express 5. M. 2008

Weitere 20,5 Millionen Euro für UN-Campus

Bonn – Für den Haushalt 2009 sind 20,5 Millionen Euro für den Ausbau des UN-Campus vorgesehen. Damit gibt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages grünes Licht für weitere Mittel zum Umbau des „Alten Abgeordnetenhochhauses“ als neuen Standort des Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen. Diese gute Nachricht teilten die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Stephan Eisel mit.

Bonner Rundschau
5. M. 2008

Bund gibt 20,5 Millionen für UN-Campus

BONN. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat für 2009 weitere 20,5 Millionen Euro für den Umbau des alten Abgeordnetenhochhauses im früheren Regierungsviertel freigegeben. Das teilten die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mit. Das Gebäude wird als Standort für das Klimaschutzsekretariat der Vereinten Nationen hergerichtet.

Für die Gesamtmaßnahme sind 48,9 Millionen Euro vorgesehen. Im Etat 2008 waren 17,6 Millionen veranschlagt. Für den Haushalt 2009 habe der Ausschuss grünes Licht für weitere 20,5 Millionen gegeben, so Eisel und Kelber: „Das ist eine erfreuliche Nachricht für Bonn, der Ausbau des UN-Campus kann planmäßig vorangehen.“ Das Weltklimasekretariat, das zurzeit im Haus Carstanjen residiert, beschäftigt 300 Mitarbeiter. (kri)

General-Anzeiger
5. M. 2008

20 Millionen Euro für den UN-Campus

Klimasekretariat zieht ins Alte Abgeordnetenhaus

BERLIN/BONN. Der Ausbau des UN-Campus kann zügig voran gehen, nachdem der Haushaltsausschuss des Bundestages weitere Gelder für den Umbau des Bundeshauses („Altes Abgeordnetenhochhaus“) als künftigen Standort des UN-Klimasekretariats bewilligt hat. In einer Presseerklärung teilten die Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mit, dass für die gesamte Maßnahme 48,9 Millionen Euro vorgesehen sind. Im Haushalt 2008 sind 17,9 Millionen Euro veranschlagt, und jetzt gibt es für 2009 weitere 20,9 Millionen Euro. In der Finanzplanung für 2010 sei die Restsumme von 10,8 Millionen Euro fest eingeplant.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass mit dem Umbau des Gebäudes der UN-Campus, der schon den Langen Eugen umfasst, komplettiert werde. Das Haus, in dem früher unter anderem die Fraktionen untergebracht waren, soll unter ökologischen Gesichtspunkten saniert werden, so dass praktisch kein Heiz- und Kühlbedarf mehr notwendig ist. Das Klimasekretariat mit seinen 300 Mitarbeitern ist derzeit im Haus Carstanjen in Bad Godesberg untergebracht. ly

Express 5. 11. 2008

Weitere 20,5 Millionen Euro für UN-Campus

Bonn – Für den Haushalt 2009 sind 20,5 Millionen Euro für den Ausbau des UN-Campus vorgesehen. Damit gibt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages grünes Licht für weitere Mittel zum Umbau des „Alten Abgeordnetenhochhauses“ als neuen Standort des Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen. Diese gute Nachricht teilten die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Stephan Eisel mit.

Bonner Rundschau
5. 11. 2008

Bund gibt 20,5 Millionen für UN-Campus

BONN. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat für 2009 weitere 20,5 Millionen Euro für den Umbau des alten Abgeordnetenhochhauses im früheren Regierungsviertel freigegeben. Das teilten die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mit. Das Gebäude wird als Standort für das Klimaschutzsekretariat der Vereinten Nationen hergerichtet.

Für die Gesamtmaßnahme sind 48,9 Millionen Euro vorgesehen. Im Etat 2008 waren 17,6 Millionen veranschlagt. Für den Haushalt 2009 habe der Ausschuss grünes Licht für weitere 20,5 Millionen gegeben, so Eisel und Kelber. „Das ist eine erfreuliche Nachricht für Bonn, der Ausbau des UN-Campus kann planmäßig vorangehen.“ Das Weltklimasekretariat, das zurzeit im Haus Carstanjen residiert, beschäftigt 300 Mitarbeiter (kri)

General-Anzeiger
5. 11. 2008

20 Millionen Euro für den UN-Campus

Klimasekretariat zieht ins Alte Abgeordnetenhaus

BERLIN/BONN. Der Ausbau des UN-Campus kann zügig voran gehen, nachdem der Haushaltsausschuss des Bundestages weitere Gelder für den Umbau des Bundeshauses („Altes Abgeordnetenhochhaus“) als künftigen Standort des UN-Klimasekretariats bewilligt hat. In einer Presseerklärung teilten die Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mit, dass für die gesamte Maßnahme 48,9 Millionen Euro vorgesehen sind. Im Haushalt 2008 sind 17,9 Millionen Euro veranschlagt, und jetzt gibt es für 2009 weitere 20,9 Millionen Euro. In der Finanzplanung für 2010 sei die Restsumme von 10,8 Millionen Euro fest eingeplant.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass mit dem Umbau des Gebäudes der UN-Campus, der schon den Längen Eugen umfasst, komplettiert werde. Das Haus, in dem früher unter anderem die Fraktionen untergebracht waren, soll unter ökologischen Gesichtspunkten saniert werden, so dass praktisch kein Heiz- und Kühlbedarf mehr notwendig ist. Das Klimasekretariat mit seinen 300 Mitarbeitern ist derzeit im Haus Carstanjen in Bad Godesberg untergebracht. ly

General-Anzeiger
6. 11. 2008

Kabinettagt in Bonn

Sitzung aus Anlass „60 Jahre Bundesrepublik“

BONN/BERLIN. Zehn Jahre nach seinem Umzug nach Berlin tagt das Bundeskabinett im kommenden März erstmals wieder in Bonn. Das erfuhr der GA aus dem Kanzleramt. Die Kabinettsitzung am Rhein ist eine der Höhepunkte im Rahmen der Feiern aus Anlass „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“. Denn am 1. September 1948 trat im Museum Koenig zum ersten Mal der Parlamentarische Rat zusammen, der das Grundgesetz ausarbeitete und später Adenauer zum ersten Bundeskanzler wählte. Und am 7. September 1949 kam der Bundestag in der Akademie zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und die Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) hatten sich in Berlin für die Einbeziehung Bonns in die Jubiläumsfeierlichkeiten eingesetzt. ly



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 59

7. November 2009

Merkel unterstützt Bonn-Paket zum Grundgesetz-Jubiläum

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ein von ihm vorgeschlagenes „Bonn-Paket“ zum Grundgesetz-Jubiläum gebilligt: „In vielen Gesprächen habe ich seit Monaten dafür geworben, dass die Bundesregierung zum Grundgesetz-Jubiläum ein besonderes Zeichen für Bonn setzt. Ich freue mich, dass die Kanzlerin dem jetzt zugestimmt hat. So wird erstmals nach dem Berlin-Umzug wieder eine Kabinettsitzung in der Bundesstadt Bonn stattfinden.“ Die Entscheidung sei Anfang der Woche gefallen, jetzt werde noch ein Termin im Frühjahr 2009 gesucht.

Wie Eisel mitteilte, werden auch weitere seiner Vorschläge im Jubiläumsjahr realisiert: „Endlich wird im Kanzlerflügel des früheren Kanzleramtes das Büro von Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder wieder hergerichtet. Das BMZ, das für den Bau jetzt verantwortlich ist, hatte den Raum lange praktisch als Abstellraum genutzt.“ Auch der frühere Kabinettsaal werde wieder als solcher kenntlich gemacht. Dazu bereite das Haus der Geschichte eine kleine Dauerausstellung vor, wie sie seit einiger Zeit auch im Palais Schaumburg zu sehen ist. Seit längerem ist auch die Renovierung des früheren Kanzlerbungalows im Gange, der den Kanzlern seit Ludwig Erhard als Domizil gedient hat: „Es gibt eine gute Chance, dass die Kanzlerin all das nach Fertigstellung persönlich der Öffentlichkeit vorstellen wird.“

Außerdem hat die Kanzlerin nach Eisels Angaben der Idee zugestimmt, am 23. Mai ein Verfassungsfest auf dem Bonner Museumsplatz durchzuführen. Die Federführung dafür liege beim Bundesinnenministerium. U. a. werde überlegt, die Wahl des Bundespräsidenten und den Staatsakt zum Grundgesetzjubiläum am 22/23. Mai auf dem Museumsplatz als „Public Viewing“ zu übertragen und ein entsprechendes Begleitprogramm anzubieten. Dazu gehört auch das von Eisel initiierte Bigband-Festival zum Grundgesetz-Geburtstag.

General-Anzeiger
8.19.11.2008

„Das ist leider Teil der Geschichte der Polizei“

Eine Ausstellung über die Zeit des Nationalsozialismus in Beuel macht Station im Präsidium

Von Thomas Thiel

RAMERSDORF. Josef Messinger war erst 26 Jahre alt, als er im Bonner Gefängnis starb. Der junge kommunistische Arbeiter aus Limperich war 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten schnell wegen eines drei Jahre zurückliegenden Mordes, den er nicht begangen hatte und von dem er bereits durch ein Gericht freigesprochen worden war, verhaftet worden. Doch Recht wurde im sich nun entwickelnden Unrechtsstaat zur Farce. Am 12. Juli 1933 starb Messinger an den schweren körperlichen Misshandlungen, die ihm zugefügt worden waren. Während des Verhörs. Durch die Polizei.

Nun schmückt Messingers Name einen von insgesamt 36 „Stolpersteinen“, mit denen die „Initiative gegen Fremdenhass“ den Op-



Bei der Eröffnung: Ruth Schlette, MdB Stephan Eisel, Hildegard Hohmann, Wolfgang Albers und Sonja Stich. FOTO: MAX MALSCH

fern des Nationalsozialismus gedenkt. Die Messingplatten wurden in die Gehwege vor den ehemaligen Wohnorten der Opfer eingelassen. „Damit schaffen wir Erinnerungsorte, über die man mit

dem Kopf und dem Herz stolpern soll“, sagte Hildegard Hohmann, Mitglied der Beueler Initiative gegen Fremdenhass. Die begleitende Wanderausstellung „Wider das Vergessen“ ist seit Donnerstag an

ihrer vierten Station zu sehen: dem Bonner Polizeipräsidium. Dort werden die Geschichten hinter den Namen auf den Stolpersteinen erzählt.

Die Ausstellung ins Polizeipräsidium zu holen, war eine Herzensangelegenheit des Polizeipräsidenten Wolfgang Albers. „Besonders die Kriminalpolizei hat bei der Verfolgung von Regimegegnern im Dritten Reich eine große Rolle gespielt“, sagte er. „Das ist leider Teil der Geschichte der Bonner Polizei. Deshalb haben wir auch eine besondere Verantwortung, diese dunkle Episode nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.“ Denn nur so könne ein weiteres Beispiel für die Folgen einer diktatorischen Herrschaft bleiben.

Die Ausstellung ist bis 4. Dezember an der Königswinterer Straße 500 zu sehen: montags bis freitags von 8.30 bis 16 Uhr. ths

General-Anzeiger
12. M. 2008

„Geballte Kompetenz nutzen“

Stefan Eisel lädt zum
Empfang im Oxford Club

BONN. „Es gibt keinen vergleichbaren Wahlkreis in Deutschland mit so viel internationaler Kompetenz wie in Bonn“, erklärte Stephan Eisel seinen zahlreichen Gästen im Oxford Club. Der Bundestagsabgeordnete der CDU begrüßte beim Empfang „Internationales Bonn“ Diplomaten, Generalkonsule und Gesandte aus 15 Ländern, Vertreter von UN-Organisationen und Vertreter anderer internationaler Einrichtungen in der Bundesstadt.

Der Politiker wies auf die vielen Möglichkeiten hin, die Bonn zum Beispiel als UN-Stadt, Sitz diverser Weltunternehmen, 480 Bundesverbände oder als internationaler Standort für Kunst und Kultur bietet. Gleichzeitig regte Eisel an, diese geballte Kompetenz vermehrt für neue Netzwerke, gemeinsame Aktivitäten und gegenseitigen Ideenaustausch zu nutzen.

So entstand im Gespräch mit dem Pastor der Protestant Church, Steven Gaultney, die Idee, das internationale Fest der amerikanischen Kirchengemeinde im Mai 2009 in der Beethovenhalle mit der Feier für das 60-jährige Bestehen des Grundgesetzes zu verbinden. Eisel kündigte an, der Empfang „Internationales Bonn“ solle nach zweijähriger Pause wieder jährlich stattfinden. **kk**

Bonner Rundschau
14. M. 2008

International



BONN. Diplomatische Vertreter aus 15 Ländern, darunter Argentinien, Katar, Korea, Trinidad, Tobago und Zypern, sowie Vertreter von 14 bilateralen Gesellschaften, von Bonner UN-Organisationen und anderen internationalen Einrichtungen mit Sitz in der Bundesstadt waren

einer Einladung des Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (3. v. l.) gefolgt. Er hatte zur Pflege des „internationalen Bonn“ zu einem abendlichen Empfang in den Oxfordclub an der Adenauerallee eingeladen. (EB/Foto: Lothar Homey)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 60

12. November 2008

35 Mio € im Bundeshaushalt für Demenzforschungszentrum in Bonn

Für das neue nationale Demenzforschungszentrum in Bonn sind im Bundeshaushalt 2009 35,0 Mio € veranschlagt. Das teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen des Bundestages mit: „Trotz der schwierigen Haushaltslage kann die Errichtung des Demenzforschungszentrums zügig voranschreiten. Der entsprechende Vorschlag des Forschungsministeriums wird im Parlament unterstützt. Das Zentrum wird ein wichtiger Leuchtturm in und für Bonn sein.“

Wie Eisel sagte, kommen nach einem vorläufigen Wirtschaftsplan zu den Bundesmitteln noch weitere ca. 3,9 Mio € an Landesmitteln hinzu. Damit stünden dem Bonner Zentrum bereits 2009 insgesamt rund 39,0 Mio € zur Verfügung. Die Suche nach einem international renommierten Gründungsdirektor läuft auf Hochtouren. Der Bau, der 2010 auf dem Venusberg beginnen soll, wird aus Landesmitteln finanziert. Das hatte das Landeskabinett bereits im Frühjahr beschlossen. Im März 2008 hatte sich Bonn gegen 22 andere Bewerber durchgesetzt und den Zuschlag für das nationale Zentrum erhalten.

Nach Eisels Angaben sind im Haushaltsentwurf des Bundes für das neue Zentrum auch bereits 20 außertarifliche Stellen für Wissenschaftler ausgewiesen. Im Endausbau sind in dem neuen Zentrum ca. 400 Arbeitsplätze vorgesehen. Es trägt den Namen "Helmholtz-Zentrum Bonn - Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)". Eingebunden sind die Universität Bonn, die Forschungseinrichtung CAESAR, das Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln und die neurowissenschaftliche Forschung des Helmholtz-Forschungszentrums Jülich.

In Deutschland gibt es derzeit rund 1 Million Demenz-Erkrankte über 65 Jahre, die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei ca. 200.000 im Jahr. Durch die längere Lebenserwartung der Menschen wird sich diese Zahl deutlich erhöhen.

Schaufenster Blickpunkt
12. 11. 2008

(SF/JW).- Der Botschafter Chiles in Deutschland **Alvaro Rojas** besuchte den



Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** in dessen Bonner Wahlkreisbüro. Rojas hatte in Deutschland, u.a. auch in Bonn studiert. Der chilenische Christdemokrat war Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung als die christdemokratische Partei in Chile unter Pinochet verboten war. Eisel sprach mit Rojas u. a. über die deutsch-chilenischen Beziehungen und erläuterte ihm die Standortvorteile Bonns und das Bonn-Berlin-Gesetz.



(kou). - Nach einer zweijährigen Pause griff der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete **Dr. Stephan Eisel** vor einigen Tagen eine alte Tradition seiner Ratsfraktion auf und lud zum **Empfang „Internationales Bonn“** in den **Oxford Club** ein. Begrüßen konnte er unter anderem **diplomatische Vertreter, Generalkonsule und Gesandte aus 15 Ländern**, wie zum Beispiel Argentinien, Algerien, Katar, Tunesien und Zypern. Ebenso waren unter den zahlreichen Gästen **Mitarbeiter der Bonner UN-Organisationen** und **14 Vertreter bilateraler Gesellschaften**, wie der Deutsch-Ägyptischen Gesellschaft. Eisel lobte die interna-

tionale Kompetenz Bonns, die mit keiner anderen deutschen Stadt vergleichbar sei. Diverse Weltunternehmen, wichtige Wissenschaftseinrichtungen, 480 Bundesverbände und viele internationale Organisationen böten besondere Möglichkeiten, die es zu nutzen gelte. Auch im Bereich Kunst und Kultur sei Bonn ein bedeutender internationaler Standort. So regte der Bundestagsabgeordnete die Gäste an, Netzwerke für gemeinsame Aktionen zu bilden und sich häufiger zum Austausch neuer Ideen zu treffen. Der Empfang „Internationales Bonn“ soll zudem wieder jedes Jahr stattfinden. Foto: kou

General-Anzeiger
14. 11. 2008

Lese-Marathon

Das soll zum Lesen und Vorlesen animieren: In einem Lese-Marathon präsentieren 37 Bonner den kompletten Dische-Roman „Großmama packt aus“: am Sonntag, 23. November, von 10 bis 19 Uhr im Bonner Contra Kreis Theater (Am Hof 3-5). Mit dabei sind unter anderem die Kabarettisten Norbert Alich, Rainer Pause und Andreas Etienne, die Politiker Stephan Eisel und Ulrich Kelber, die Museums-Chefinnen Klara Drenker-Nagels und Gabriele Uelsberg, GA-Chefredakteur Andreas Tyrock und Ex-Bundesminister Norbert Blüm. Jeder hat eine Viertelstunde Lesezeit. Der Eintritt ist frei; der Zugang zum Lese-Marathon ist zwischen 10 und 19 Uhr zu jeder Zeit möglich.

Bonner Rundschau
13.11.2008

35 Millionen Euro im Etat des Bundes

BONN. Für das neue nationale Demenzzforschungszentrum in Bonn sind im Bundeshaushalt 2009 rund 35 Millionen Euro veranschlagt. Das teilte der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit. Laut Eisel kommen nach einem vorläufigen Wirtschaftsplan zu den Bundesmitteln weitere 3,9 Millionen Euro an Landesmitteln hinzu. Außerdem seien im Haushaltsentwurf des Bundes für das neue Zentrum bereits 20 außertarifliche Stellen für Wissenschaftler ausgewiesen.

Im Endausbau sind in dem neuen Zentrum rund 400 Arbeitsplätze vorgesehen. Eingebunden sind die Universität Bonn, die Forschungseinrichtung „caesar“, das Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln und die neurowissenschaftliche Forschung des Helmholtz-Forschungszentrums Jülich. In Deutschland gibt es derzeit rund eine Million Demenzerkrankte über 65 Jahren, die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei etwa 200 000 im Jahr. (EB)

Express
14.11.2008

38,9 Mio. für Forschungszentrum

35 Millionen Euro sind für das neue nationale Demenzzforschungszentrum im Bundeshaushalt 2009 veranschlagt. Das teilte der MdB Stefan Eisel mit. Weitere 3,9 Millionen kämen an Landesmitteln hinzu. „Das Zentrum wird ein wichtiger Leuchtturm in und für Bonn sein“, so Eisel. Baubeginn ist 2010.

General-Anzeiger
14.11.2008

35 Millionen Euro vom Bund für Bonn

Parlament fördert Bonner Demenzzentrum

BONN. Für das neue nationale Demenzzforschungszentrum in Bonn sind im Bundeshaushalt 2009 35 Millionen Euro veranschlagt. Das teilte gestern der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen des Bundestages mit: „Trotz der schwierigen Haushaltslage kann die Errichtung des Demenzzforschungszentrums zügig voranschreiten. Das Zentrum wird ein wichtiger Leuchtturm in und für Bonn sein.“

Nach Angaben von Stephan Eisel kommen nach einem vorläufigen Wirtschaftsplan zu den Bundesmitteln noch weitere 3,9 Millionen Euro an Landesmitteln hinzu. Damit stünden dem Demenzzentrum bereits im kommenden Jahr rund 39 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Bau, der 2010 auf dem Venusberg beginnen soll, wird aus Landesmitteln finanziert. Laut Eisel sind im Haushaltsentwurf des Bundes für das Zentrum auch bereits 20 außertarifliche Stellen für Wissenschaftler ausgewiesen. Im Endausbau sind dort rund 400 Arbeitsplätze vorgesehen.

Es trägt den Namen „Helmholtz-Zentrum Bonn - Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“ (DZNE). Eingebunden sind die Universität Bonn, die Forschungseinrichtung CAESAR, das Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln und die neurowissenschaftliche Forschung des Helmholtz-Forschungszentrums Jülich.

In Deutschland gibt es nach Angaben von Fachleuten derzeit rund eine Million Demenzerkrankte über 65 Jahre, die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei etwa 200 000 im Jahr. Durch die längere Lebenserwartung der Menschen wird sich diese Zahl deutlich erhöhen.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 61

18. November 2008

Für Beratungspflicht bei Spätabtreibungen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel unterstützt einen überparteilichen Antrag zur Einführung einer Beratungspflicht bei Spätabtreibungen: „Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass es immer häufiger zu Abtreibungen in einer sehr späten Schwangerschaftsphase kommt, weil bei den Kindern eine Behinderung diagnostiziert wird. Da sich die SPD entgegen der Koalitionsvereinbarung leider weigert, diese Situation zu verbessern, haben wir jetzt den Weg eines Gruppenantrages gewählt.“

Beim Abtreibungskompromiss 1995 herrschte Einigkeit, dass die Behinderung eines ungeborenen Kindes nicht mehr als Abtreibungsgrund gelten solle. Neben psychosozialen Indikation bis zur zwölften Woche wurde die medizinische Indikation eingeführt, für die keine Fristen gelten. Dabei geht es um die gesundheitliche Gefährdung der Mutter. Gleichzeitig kann die moderne Medizin immer mehr Fehlbildungen und Krankheiten vorgeburtlich diagnostizieren. Diese „Pränataldiagnostik“ soll eigentlich vorgeburtliche Behandlungen ermöglichen, wird aber zunehmend als Begründung für zu sog. „Spätabtreibungen“ zumeist in der zweiten Schwangerschaftshälfte herangezogen. Das Statistische Bundesamt weist für 2007 über 3000 solcher Fälle aus. Experten gehen von einer erheblichen Dunkelziffer aus. Es wird geschätzt, dass 9 von 10 Schwangerschaften mit Kindern, die das Down-Syndrom haben, abgebrochen werden. Ähnliches wird für Ungeborene mit Herzfehlern vermutet.

Eisel betonte: „Mit unserem Gesetzentwurf soll den betroffenen Frauen geholfen werden, wenn sie erfahren, dass ihr Kind behindert ist. Deshalb wollen wir eine Beratungspflicht durch die handelnden Ärzte einführen.“ Beratungsinhalt soll auch die Information über die Lebenswirklichkeit von Menschen mit der diagnostizierten Behinderung sein. Soweit keine akute Gefahr für die Gesundheit der Frau besteht, soll eine mindestens dreitägige Bedenkzeit nach der ärztlichen Beratung eingehalten werden. Der Gesetzentwurf wird von der Bundesärztekammer und vielen Verbänden, wie etwa der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., und donum vitae unterstützt.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 62

20. November 2008

Info-Mobil des Bundestages: Tour-Auftakt 2009 in Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, kommt das Info-Mobil des Deutschen Bundestages Anfang 2009 nach Bonn: „Es ist ein schönes Zeichen zum 60. Grundgesetz-Geburtstag, dass der Auftakt der bundesweiten Tour 2009 in Bonn stattfinden wird. Insgesamt werden nur 30 der 299 Wahlkreise besucht. Ich freue mich, dass die Bundesstadt Bonn dabei ist.“

Das Bundestag-Mobil soll ein Treffpunkt von Bürgern und Parlament sein. Es soll informieren, Vorurteile abbauen helfen und dazu anregen, sich selbst aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Dabei handelt es sich um einen großen Truck, der über eine überdachte Bühne, einen separaten Besprechungsraum und einen Großbildschirm für die Vorführung von Filmen verfügt.

Das Info-Mobil versteht sich als ein Forum für die Bürger. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürgern Aufgaben und Abläufe des Parlaments anschaulich zu machen. Unter anderem berichten Bundestagsabgeordnete über ihre persönlichen Erfahrungen im Parlament und stehen dem Publikum in Talkrunden Rede und Antwort. Für Besucherinnen und Besucher stehen vielfältige Informationsmaterialien zum Mitnehmen bereit.

Wie Eisel mitteilte, wird das Info-Mobil vom 2.-4. März 2009 in Bonn sein und voraussichtlich auf dem Münsterplatz aufgestellt.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 63

22. November 2008

Bonn hält jeden Vergleich aus

„Nun hat endlich auch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages anerkennen müssen, dass es auf Dauer eine Arbeitsteilung bei den Regierungsfunktionen zwischen Berlin und Bonn geben wird. Die Zahlen der Bundesregierung, dass Ausgaben von 8,8 Millionen Euro pro Jahr für die Arbeitsteilung Einsparungen von jährlich mehreren hundert Millionen Euro für den vermiedenen Umzug nach Berlin gegenüberstehen, konnten selbst die Berliner und ostdeutschen Mitglieder des Haushaltsausschusses nicht mehr ignorieren“, kommentieren die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) die aktuellen Beschlüsse des Gremiums zum Berlin-Bonn-Gesetz.

Der Haushaltsausschuss habe damit endlich den Erkenntnisstand erreicht, den Bundesregierung und der im Deutschen Bundestag für das Thema federführende Innenausschuss schon seit Jahren klar formuliert hätten, erläutern die beiden Abgeordneten. Der Haushaltsausschuss könne auch – anders als von einigen Mitgliedern dargestellt – überhaupt keine bindenden Beschlüsse zu dem Thema fassen. Die Organisation der Ministerien sei alleine Aufgabe der Bundesregierung und im Bundestag könne es nur auf Empfehlung des Innenausschusses Änderungen am bestehenden Berlin-Bonn-Gesetz geben, erinnern Eisel und Kelber.

Die Bitte des Haushaltsausschusses an die Bundesregierung, jetzt jedes Jahr einen Bericht zu den Kosten von Arbeitsteilung oder eines möglichen Umzugs abzugeben, unterstützen die Bonner Abgeordneten ausdrücklich. „Dann wird man jedes Jahr erneut sehen, dass der Verbleib der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn die Steuerzahler massiv entlastet. Gerade in Zeiten steigender Neuverschuldung ist dies unser wichtigstes Argument“, stellen Eisel und Kelber klar. Sie erinnern daran, dass die Bundesregierung schon jetzt feststellt, dass die Ausgaben für die Arbeitsteilung wegen der abnehmenden Anzahl von Dienstreisen stetig sanken, während z.B. die Verlagerung der wachsenden Rechenzentren des Bundes von Bonn nach Berlin immer teurer käme. „Die Zeit ist also auf unserer Seite, Bonns hält jeden Vergleich aus“, so Kelber und Eisel.

General-Anzeiger 21.11.2008

„Großmama packt aus“: Lesefieber im Bonner Contra Kreis

Kultur, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft: Beim Lese-Marathon am Sonntag im Bonner Contra Kreis Theater sind Vorleser aus allen Bereichen dabei. „Lesefieber“ nennt sich die Aktion; wie berichtet, steht Irene Disches Roman „Großmama packt aus“ auf dem Programm. Von 10 bis 19 Uhr lesen bekannte Bonner aus dem Buch, der Eintritt ist frei.

Und so sieht der genaue Zeit-



Vorleser: Norbert Blüm FOTO: FCB

plan aus: 10 Uhr Klara Drenker-Nagels, 10.15 Uhr Erika Coché, 10.30 Uhr Andreas Eckhardt, 10.45 Uhr Jürgen Fohrmann, 11 Uhr Manfred Harnischfeger, 11.15 Uhr Ekkehard Winter, 11.30 Uhr Michael Swoboda, 11.45 Uhr Hans-Dietrich Palmann, 12 Uhr Dorothea Paß-Weingartz, 12.15 Uhr Rainer Pause, 12.30 Uhr Norbert Altbach, 12.45 Uhr Norbert Schloßmacher, 13 Uhr Helmut

Stahl, 13.15 Uhr Andreas Tyrock, 13.30 Uhr Barbara Wrany, 13.45 Uhr Werner Wingenfeld, 14 Uhr Andreas Eilenne, 14.15 Uhr Gabriele Uelsberg, 14.30 Uhr Bärbel Richter, 14.45 Uhr Ingrid Bodesch, 15 Uhr Wolfgang Kaes, 15.15 Uhr Norbert Blüm, 15.30 Uhr Max P. Baur, 15.45 Uhr Christoph Vitali, 16 Uhr Ludger Sander, 16.15 Uhr Ulrich Kelber, 16.30 Uhr Helmut Kollig, 16.45 Uhr Jürgen

Nimpfisch, 17 Uhr Max G. Huber, 17.15 Uhr Renate Hendricks, 17.30 Uhr Stephan Eisel, 17.45 Uhr Ernst Eiltz, 18 Uhr Alfred Werner Böttger, 18.15 Uhr Monika Wulf-Mathies, 18.30 Uhr Hermann Zemmin, 18.45 Uhr Hans-Helmrich van Schewick, 19 Uhr Ulrike Bajohr.

„Lesefieber“: Sonntag, 23. November, 10 bis 19 Uhr im Contra Kreis Theater Bonn.

Bonner Rundschau
24.11.2008

Ministerielle Arbeitsplätze in Bonn sparen Steuern

Bundestagsabgeordnete Kelber und Eisel äußern sich zum Haushaltsausschuss

BONN. Die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) mögen ihre Differenzen haben, wenn es aber um Bonn-Berlin geht, ziehen sie an einem Strang. So auch jetzt bei den neuesten Zahlen aus dem Haushaltsausschuss des Bundestages. „Nun hat endlich auch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages anerkennen müssen, dass es auf Dauer eine Arbeitsteilung bei den Regierungsfunktionen zwischen Berlin und Bonn geben wird. Die Zahlen der Bundesregierung, dass Ausgaben von 8,8 Millionen Euro pro Jahr für die Arbeitsteilung Einsparungen von jährlich mehreren hundert Millionen Euro für den vermiedenen Umzug nach Berlin gegenüberstehen, konnten selbst die Berliner und ostdeutschen Mitglieder des Haushaltsausschusses nicht mehr ignorieren“, kommentieren Ulrich Kelber und Stephan Eisel die aktuellen Beschlüsse des Gremiums.

Der Haushaltsausschuss habe damit endlich den Erkenntnisstand erreicht, den Bundesregierung und der im Deut-

schen Bundestag für das Thema federführende Innenausschuss schon seit Jahren klar formuliert hätten, erläutern die beiden Abgeordneten. Der Haushaltsausschuss könne auch – anders als von einigen Mitgliedern dargestellt – überhaupt keine bindenden Beschlüsse zu dem Thema fassen. Die Organisation der Ministerien sei alleine Aufgabe der Bundesregierung und im Bundestag könne es nur auf Empfehlung des Innenausschusses Änderungen am bestehenden Berlin-Bonn-Gesetz geben, erinnern Eisel und Kelber.

Die Bitte des Haushaltsausschusses an die Bundesregierung, jetzt jedes Jahr einen Bericht zu den Kosten von Arbeitsteilung oder eines möglichen Umzugs abzugeben, unterstützen die Bonner Abgeordneten ausdrücklich. „Dann wird man jedes Jahr erneut sehen, dass der Verbleib der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn die Steuerzahler massiv entlastet. Gerade in Zeiten steigender Neuverschuldung ist dies unser wichtigstes Argument“, stellen Eisel und Kelber fest. (EB)

Express
24.11.2008
Kein Berlin-Umzug

Ein Umzug der in Bonn verbliebenen Ministerien würde den Steuerzahler unnötig belasten. „Das musste jetzt auch der Haushaltsausschuss des Bundestages anerkennen“, berichten die MdB Kelber (SPD) und Eisel (CDU).



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 64

24. November 2008

Rüttgers wirbt bei Merkel für IRENA

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers der Bundesregierung die Unterstützung Nordrhein-Westfalens bei der Bewerbung um die Ansiedlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) in Bonn zugesagt: „Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat sich in einem persönlichen Schreiben direkt an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt. Das ist ein starkes Zeichen der Solidarität mit Bonn und ist eine wesentliche Stärkung der deutschen Bewerbung.“

2007 hatten Deutschland, Spanien und Dänemark die Gründung von IRENA angeregt, um Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Auf einer Vorbereitungskonferenz im Oktober 2008 in Madrid verständigten sich 51 Staaten auf den Text des Gründungsvertrages. Die Gründungskonferenz wird am 26/27. Januar 2009 in Bonn stattfinden. Mitte 2009 soll die Frage des Sitzes entschieden werden. Im Rennen ist neben Bonn voraussichtlich auch Madrid.

Nach Angaben Eisels betonte Rüttgers in seinem Schreiben an Merkel, die Ansiedlung von IRENA sei „eine konsequente Weiterentwicklung des UN-Standortes Bonn“. Nordrhein-Westfalen unterstütze die Bewerbung „mit allen Kräften“, denn am UN-Standort Bonn seien alle Einrichtungen vorhanden, die für die Ansiedlung einer internationalen Organisation ausschlaggebend sind. Der Brief schließe mit dem Satz: „Ich will an dieser Stelle nochmals versichern, dass Nordrhein-Westfalen die Bewerbung der Bundesregierung um den Sitz von IRENA am Standort Bonn mit allen Kräften unterstützt und dass diese Zusage auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gilt.“

Kölnische Rundschau - 23.11.2008

Umzug der Regierung

Jedes Jahr ein Bericht?

23.11.2008

Der Haushaltsausschuss des Bundestages will den doppelten Regierungssitz in Bonn und Berlin auf den Prüfstand stellen. Die Bundesregierung soll jährlich einen Bericht über die Kosten der Aufteilung Bonn / Berlin vorlegen.



Die Kuppel über dem Reichstag, dem Sitz des Bundestages (Bild: dpa)

BERLIN. Der Haushaltsausschuss des Bundestages will den doppelten Regierungssitz in Bonn und Berlin auf den Prüfstand stellen. Das berichteten Medien unter Berufung auf einen Beschluss des Ausschusses vergangene Woche. Die Bundesregierung ist demnach aufgefordert, jährlich einen Bericht über die Kosten der Aufteilung Bonn / Berlin vorzulegen. Darin solle die Regierung darstellen, inwieweit die Regelungen des Berlin-Bonn-Gesetzes „einer weiteren Hebung von Rationalisierungs- und Effizienzpotenzialen

entgegenstehen“.

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) sehen den Vorstoß positiv. Die Zahlen der Bundesregierung, dass Ausgaben von 8,8 Millionen Euro pro Jahr für die Arbeitsteilung Einsparungen von jährlich mehreren hundert Millionen Euro für den vermiedenen Umzug nach Berlin gegenüberstehen, konnten selbst Berliner und ostdeutsche Mitglieder des Ausschusses nicht mehr ignorieren, meinten sie. (EB)

ksta.de

Kölnischer Stadt-Anzeiger

STANDORT BONN

Agentur für Energie soll nach Bonn

Erstellt 27.11.08, 11:12h

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat Kanzlerin Angela Merkel in einem Schreiben die Unterstützung bei der Bewerbung um die Ansiedlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) in Bonn zugesagt.

BONN Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel weiter mitteilt, habe Rüttgers in seinem Brief betont, die Ansiedlung von IRENA sei „eine konsequente Weiterentwicklung des UN-Standortes Bonn“.

Deutschland, Spanien und Dänemark hatten vergangenes Jahr die Gründung von IRENA angeregt, um Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Bei einer Vorbereitungskonferenz im vergangenen Oktober in Madrid verständigten sich 51 Staaten auf den Text des Gründungsvertrages. Die Gründungskonferenz wird am 26. / 27. Januar in Bonn stattfinden. Mitte 2009 soll die Frage des Sitzes entschieden werden. Im Rennen ist neben Bonn voraussichtlich auch Madrid. (ly)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 65

27. November 2008

Eisel stimmt gegen Erbschaftssteuerreform

Im Unterschied zur Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel in heutigen namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Reform der Erbschaftssteuer abgelehnt. In einer schriftlichen Erklärung nannte er die folgenden Gründe für sein Abstimmungsverhalten:

„Generell halte ich es erstens für ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, bereits versteuertes Vermögen dann erneut zu besteuern, wenn es nicht konsumiert, sondern an die nächste Generation weitergegeben wird. Die im Grundgesetz vorgegebene Sozialverpflichtung des Eigentums könnte besser durch einen steuerlichen Tarifaufschlag für hohe Einkommen umgesetzt werden.

Zweitens ist der vorgelegte Gesetzentwurf das genaue Gegenteil von unserem angestrebten Weg zur Steuervereinfachung, die ich für dringend geboten halte. Im Bemühen jeden Einzelfall zu lösen, ist ein überaus kompliziertes Gesetzeswerk entstanden, das kein Bürger ohne die Hilfe ausgewiesener Experten verstehen kann. Es ist sowohl eine grundlegende Frage des Umgangs des Staates mit den Bürgern, als auch der sozialen Gerechtigkeit, gerade in der Steuergesetzgebung der Verständlichkeit und Transparenz höchste Priorität einzuräumen.

Drittens habe ich erhebliche Zweifel daran, ob der vorliegende Gesetzentwurf gerade im Mittelstand und Handwerk die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet, die mit dem Betriebsvermögen an die nächste Generation weitergegeben werden. In seiner Entscheidung vom 22. Juli 1995 betont das Bundesverfassungsgericht, dass das



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 65

27. November 2008

Unternehmensvermögen „in besonderer Weise Gemeinwohl gebunden und Gemeinwohl verpflichtet“ ist: „Die Verfügbarkeit über den Betrieb und einzelne betriebliche Wirtschaftsgüter ist beschränkter als bei betrieblich ungebundenem Vermögen.“ Diese „verminderte finanzielle Leistungsfähigkeit“ sei erbschaftssteuerrechtlich zu berücksichtigen. Dem vorliegenden Gesetzentwurf liegt aber nicht mehr diese Sozialpflichtigkeit des Vermögensbestandes zugrunde, sondern die andersartige Frage wie der Erbe sein Vermögen bewirtschaftet. Dabei kann es dazu kommen, dass die Steuer auch dann anfällt, wenn der Betrieb für den Erhalt von Arbeitsplätzen durch Modernisierungen und Marktanpassungen besonderen Kapitalbedarf hat. Die vorgesehenen Bindungsfristen engen meines Erachtens die im Grundgesetz geschützte Berufs-, Eigentümer- und Unternehmerfreiheit unzulässig ein. Insbesondere im Blick auf Familienunternehmen geht es hier um einen Grundpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft.

Viertens kann ich dem Gesetz auch deswegen nicht zustimmen, weil darin Geschwister wie Nicht-Verwandte behandelt werden. Trotz der dafür vorgebrachten rechtssystematischen Gründe steht dies im diametralen Widerspruch zu dem Familienbild, von dem die Stabilität unserer Gesellschaft entscheidend abhängt.

Fünftens schreibt Bundesfinanzminister Steinbrück am 24.11.2008 an die SPD-Bundestagsfraktion, dass durch das neue Erbschaftssteuergesetz „nicht nur das von uns als Ziel vorgegebene Aufkommen von 4 Mrd. Euro erreicht werden, sondern das Aufkommen an der Erbschaftsteuer weiter wachsen (Steuerschätzung für 2009: 4,78 Mrd. Euro)* wird. Ich halte es aus grundsätzlichen Erwägungen für falsch, eine vom Bundesverfassungsgericht aus anderen Gründen veranlasste Gesetzesänderung zur Erhöhung von staatlichen Einnahmen zu nutzen.“

General-Anzeiger 28.11.2008

Die Erbschaftsteuerreform

Von Neid-Debatten und Wohlverhaltens-Klauseln

Der Bundestag billigt die Erbschaftsteuerreform. 28 Unionsabgeordnete stimmen mit Nein

Von unserer Korrespondentin
Ulfa Thiede

BERLIN. Friedrich Merz hatte sein Nein gegen die Erbschaftsteuerreform schon am Vortag angekündigt. Von „Neid-Debatten“ und „Wohlverhaltens-Klauseln“ war da die Rede, bei so etwas wollen er nicht mitmachen, sagte der CDU-Finanzexperte, der sich im nächsten Jahr aus dem Bundestag verabschieden will. 27 Kollegen aus der Unionsfraktion folgten gestern seinem Beispiel, unter ihnen der Bonner Abgeordnete Stephan Eisel und der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder. In der SPD-Fraktion gab es hingegen nur einen Nein-Sager: den früheren Bundesinnenminister Otto Schily.

Dennoch: Nach der Verabschiedung im Bundestag dürfte das Gesetz am 5. Dezember nun auch im Bundesrat von der schwarz-roten Mehrheit verabschiedet werden. Die größten Widerstände hatte es in den vergangenen Monaten aus der CSU gegeben, die in der Erbschaftsteuerreform ein wichtiges Thema im bayerischen Landtagswahlkampf gefunden hatte. Jetzt feiert die Schwesterpartei der CDU die am

ursprünglichen Gesetzentwurf erzielten Änderungen als „riesen großen Erfolg“, auch gegenüber dem Status quo. Mit der Reform müssten mindestens 90 Prozent der Erben keine Erbschaftsteuer mehr zahlen, sagt CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer.

Der Politik eingebrockt hatte den Streit das Bundesverfassungsgericht, das eine steuerliche Gleichbehandlung von Geldvermögen und Immobilien gefordert hatte. „Bisher ist Grundbesitz steuerlich begünstigt, indem nicht der aktuelle Verkehrswert als Basis für die Besteuerung genommen wird. Gebäude werden im Erbfall dadurch bis zu 50 Prozent günstiger als nach dem Verkehrswert. Um in Zukunft trotzdem das steuerfreie Erben des Eigenheims zu ermöglichen, einigten sich Ministerpräsident Roland Koch (CDU) und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) in ihrer Arbeitsgruppe darauf, die Freibeträge für Ehegatten und nahe Verwandte deutlich anzuheben. Darüber hinaus sollten auch Unternehmensnachfolger keine Nachteile durch höher bewertete Betriebsimmobi-

lien haben. Eine steuerliche Begünstigung von Firmenvermögen wollten Koch und Steinbrück an eine zehnjährige Haltefrist binden. Auch musste eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen erhalten werden.

Der Widerstand der CSU baute sich erst im Laufe dieses Jahres auf, nachdem die Koalition den Gesetzentwurf im Kabinett längst durchgewunken hatte. Dabei war die Union bei der SPD im Wort, die Erbschaftsteuer nicht schelten zu lassen. Dieses Versprechen hatten die Sozialdemokraten CDU/CSU abgerungen, um der in diesem Jahr in Kraft getretenen Unternehmensteuerreform zuzustimmen zu können, die den Betrieben deutlich abgesenkte Steuersätze beschert hat. Ziel musste sein, das Volumen von gut vier Milliarden Euro aus der Erbschaftsteuer zu halten. Die Krux: Wenn man nahe Verwandte nicht schlechter als bisher stellen und Unternehmen gegenüber heute begünstigen will, dann müssen andere Gruppen eben mehr zahlen. Es sind in diesem Fall die Angehörigen der Steuerklassen II und

III, also Eltern, Geschwister und alle übrigen Erben, deren Steuersätze auf 30 bis 50 Prozent steigen.

Zeldruck entstand zum Schluss, weil das Bundesverfassungsgerichtsurteil so gedeutet wurde, dass die Länder die Steuer ab 2009 nicht mehr erheben dürfen, wenn sich Bundestag und Bundesrat nicht bis Jahresende geeinigt haben. Es gibt allerdings eine Minderheitsmeinung bei Juristen, die von der weiteren Gültigkeit des bestehenden Erbschaftsteuergesetzes ausgeht. Aber auch diese Interpretation setzt die Politik unter Druck, denn in den kommenden Jahren stehen kommende von Unternehmensübergebern an. Gerade „Kittneigentümern ist in der Mehrheit das neue Gesetz lieber als das alte, weil sie weitgehend steuerfrei vererben können.

Während die CSU es als Erfolg für sich verbucht, auch die Witwe mit Villa am Starnberger See vor der Erbschaftsteuer bewahrt zu haben, kritisiert der neue Koalitionspartner FDP in München, dass Onkel, Tanten und Nefen künftig

im Erbfall umso tiefer in die Tasche greifen müssten. Steuersätze von 50 Prozent verstießen gegen familienpolitische und verfassungsmäßige Grundsätze, meint der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP). Auch der Bonner CDU-Politiker Eisel spricht von einem „falschen gesellschaftspolitischen Signal, bereits versteuertes Vermögen erneut zu besteuern, wenn es nicht konsumiert, sondern an die nächste Generation weitergegeben wird“.

So stimmt der Bundestag

Im Bundestag votierten 386 von 557 Abgeordneten, die ihre Stimme abgegeben hatten, für das Gesetz der großen Koalition, 168 stimmten dagegen, drei enthielten sich. In CDU und CSU stimmten insgesamt 28 Abgeordnete (23 CDU, 5 CSU) dagegen, 3 CDU-Abgeordnete enthielten sich. Bei der SPD stimmte Otto Schily dagegen. dpa

28

General-Anzeiger
28. M. 2008

Rüttgers wirbt bei Merkel für Irena

Internationale Agentur
soll nach Bonn kommen

BONN. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Schreiben die Unterstützung Nordrhein-Westfalens bei der Bewerbung um die Ansiedlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (Irena) in Bonn zugesagt. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel weiter mitteilt, habe Rüttgers in seinem Brief betont, die Ansiedlung von Irena sei „eine konsequente Weiterentwicklung des UN-Standortes Bonn“. Hier seien „alle Einrichtungen vorhanden, die für die Ansiedlung einer internationalen Organisation ausschlaggebend sind“.

Deutschland, Spanien und Dänemark hatten 2007 die Gründung angeregt. Bei einer Vorbereitungskonferenz im vorigen Oktober in Madrid verständigten sich 51 Staaten auf den Gründungsvertrag. Die Gründungskonferenz wird am 26./27. Januar in Bonn stattfinden. Mitte 2009 soll die Frage des Sitzes entschieden werden. Im Rennen ist neben Bonn voraussichtlich auch Madrid. ly

Tollitäten fahren zur Kanzlerin

Merkel empfängt wieder
Prinz, Bonna und Co.

BONN/BERLIN. Arm in Arm schunkelnd mit der Kanzlerin: Diesen Augenblick wird das scheidende Bonner Prinzenpaar nicht vergessen. Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) mitteilt, soll es den Kanzlerempfang im Berliner Kanzleramt auch im kommenden Jahr wieder geben. „Angela Merkel hat entschieden, dass die 2008 wieder aufgenommene Tradition auch 2009 fortgeführt wird“, sagt Eisel. Und natürlich seien auch Ralf I. (Birkner) und Miriam I. (Schmitz) – die neuen Tollitäten – mit dabei.

Eisel war nach eigenen Aussagen mit daran beteiligt, dass der in der Amtszeit von Gerhard Schröder ausgesetzte Empfang wieder ins Leben gerufen wurde. Im Februar werden dann Prinzenpaare aus jedem Bundesland erwartet. „Aber die Bonner Tollitäten sind vorab gesetzt, denn bei uns haben die Jecken die meiste Politikerfahrung (und umgekehrt)“, sagt Eisel. Für ihn ist klar: Rheinischer Frohsinn tut den Preußen, die selten was zu lachen hätten, gut. bot



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 66

2. Dezember 2008

Eisel trifft führenden chinesischen Dissidenten

Zu einem ausführlichen Gespräch über die Lage in China traf sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit Wei Jingsheng, einem der bekanntesten chinesischen Dissidenten. Das Gespräch fand im Vorfeld der Verleihung des Sacharow-Preises des Europaparlamentes an den in China inhaftierten Bürgerrechtler Hu Jia statt. Die Preisverleihung am 17. Dezember in Straßburg stößt auf heftigen Protest der chinesischen Regierung. Eisel, der Mitglied des Europaausschusses des Bundestages ist, begrüßte die Entscheidung des Europäischen Parlaments nachdrücklich: „Auch das chinesische Regime muss sich an der Einhaltung der Menschenrechte messen lassen. Die Bilanz ist katastrophal. Das Europaparlament setzt hier mit der Auszeichnung für den politischen Gefangenen Hu Jia ein wichtiges Zeichen.“

Eisels Gesprächspartner Wei Jingsheng hatte selbst 1996 den Sacharow-Preis des Europaparlamentes erhalten. Auch er war damals in China inhaftiert und wurde ein Jahr später in die USA abgeschoben, wo er heute lebt. Wei gilt als Vater der chinesischen Demokratiebewegung. Er war insgesamt 18 Jahre inhaftiert. Eisel dazu: „Wir sollten genau auf diejenigen hören, die einen so hohen Preis für ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte gezahlt haben. Ihre moralische Autorität erinnert uns daran, dass die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte keine taktische Frage sein darf.“

Wei äußerte in dem Gespräch große Sorgen im Blick auf die sich verschärfende soziale Situation in China, wo die wirtschaftliche Entwicklung für wenige zu großem Reichtum und für viele zu dramatischer Verarmung führe. Er rechne mit einer Implosion des jetzigen Systems – entweder durch eine Reformbewegung innerhalb der KP Chinas – vergleichbar mit Michail Gorbatschows Perestroika - oder durch eine wachsende Opposition außerhalb der KP - vergleichbar mit der von Boris Jelzin angeführten Bewegung. Der Westen dürfe nicht aufhören, insbesondere Presse- und Meinungsfreiheit zu fordern.

Villenpostille
Dezember 2008

- 4 -

Stephan Eisel - für Bonn im Bundestag

Vor uns liegt das wichtige Wahljahr 2009: Die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 entscheidet über die Mehrheiten in den Bezirksvertretungen und im Stadtrat. Zugleich können Sie mit Ihrer Stimme die künftigen Bürgermeister wählen:

In Bad Godesberg leistet Bezirksbürgermeisterin Annette Schwolen-Flümann hervorragende Arbeit und genießt auch außerhalb des Stadtbezirkes hohes Ansehen und Respekt.

Zugleich bitten wir um Ihr Vertrauen für Christian Dürig, der alle persönlichen, beruflichen und politischen Voraussetzungen für das wichtige

Amt des Oberbürgermeisters von Bonn mitbringt.

Am Tag der Kommunalwahl entscheiden Sie auch über den weiteren Kurs in und von Europa.

Mit Axel Voss haben wir einen ausgezeichneten Bonner Kandidaten für das Europaparlament.

Und dann geht es am 27. September 2009 bei der Bundestagswahl um die Zukunft Deutschlands.

So wichtig diese Wahlen auch sind, so sehr sollten wir in der Politik der Versu-



chung eines monatelangen Wahlkampfes widerstehen. Wir haben die Pflicht zur sachgerechten Arbeit für die Menschen und für unser Land.

Parteien sind kein Selbstzweck, sondern sollen dem Gemeinwohl dienen. Als Abgeordnete, die Sie mit Ihrer Stimme in die Parlamente gewählt haben, stehen wir hier in einer besonderen Verantwortung.

Darauf kommt es mir auch bei meiner Arbeit für Bonn im Bundestag an: Den Bürgern zu dienen und Ihr Vertrauen zu rechtfertigen, sowohl bei den oft nicht einfachen Entscheidungen im Deutschen Bundestag als auch in der Arbeit für die Men-

schen hier in Bonn.

Dabei bin ich auf Ihre Hinweise, Hilfe und Unterstützung angewiesen. Zögern Sie bitte nicht, mich anzusprechen! Sie erreichen mich über mein Wahlkreisbüro, Markt 10-12, 53111 Bonn, Tel. 0228 - 184 99 832.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes Jahr 2009 mit guten Entscheidungen für Bonn, Deutschland und Europa.

Stephan Eisel, MdB
Für Bonn im Bundestag
www.stephan-eisel.de



Stephan Eisel, MdB, CDU/CSU-Fraktion



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 67

8. Dezember 2008

Chance auch für Bonn: Bund erhöht Mittel für Sportstätten

Das im Bundestag in der letzten Woche verabschiedete Konjunkturprogramm hat die Mittel zur Förderung von Sportstätten ganz erheblich aufgestockt. Darauf hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel in einem Schreiben an Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hingewiesen: „Damit können im Jahr 2009 zahlreiche Sportstätten in den Kommunen zusätzlich gefördert werden. Das ist eine interessante Option, die wir auch in Bonn nutzen sollten.“

Wie Eisel mitteilte, gibt es im wesentlichen drei unterschiedliche Programme:

- Der Neubau, der Umbau oder die Modernisierung von wohnungsnahen Sportstätten kann aus Mitteln der Städtebauförderung unterstützt werden, wenn es der Umsetzung der städtebaulichen Ziele dient und sich in integrierte Stadtentwicklungskonzepte einfügt.
- Eine Förderung ist ebenfalls im Rahmen des Investitionspakts Bund-Länder-Gemeinden zur energieeffiziente Modernisierung von Schulen, Kitas, Sportstätten und sonstiger sozialer Infrastruktur möglich. Hierbei konzentriert sich die Förderung auf energetische Maßnahmen (z.B. Wärmedämmung, Wärmeschutzfenster, Einsatz erneuerbarer Energien).
- Förderfähig sind Sportstätten auch durch zinsverbilligte Kredite bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und zwar sowohl für Kommunen als auch für gemeinnützige Organisationen. Gefördert werden Investitionen in die soziale Infrastruktur, die einem gemeinnützigen Zweck dienen.

Nach Eisels Angaben stehen jetzt dafür insgesamt ca. 1 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung. „Damit können viele Sportstätten zusätzlich gefördert werden. Darauf habe ich die Oberbürgermeisterin hingewiesen. Antragsberechtigt sind Städte und Gemeinden, an die sich z. B. Sportvereine wenden müssen.“

Informationen über die Förderrichtlinien finden sich auch unter www.stephaneisel.de



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan_eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 68

9. Dezember 2008

Neuer Aufbruch für Bundeskunsthalle mit Robert Fleck

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel begrüßte die Wahl von Robert Fleck zum neuen Intendanten der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn: „Mit Robert Fleck wurde ein außerordentlich profilierter und international vernetzter Ausstellungsmacher gewonnen. Ich habe mir von ihm und seiner Arbeit ein eigenes Bild gemacht und bin überzeugt davon, dass mit ihm der dringend notwendige neue Aufbruch für die Bundeskunsthalle gelingen wird.“

Eisel, der zugleich Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die Bonner Kulturinstitutionen des Bundes ist, hob die vielfältige Erfahrung hervor, die Robert Fleck vorweisen könne. Fleck war u.a. österreichischer Bundeskurator, Co-Kurator der 2. Europäischen Biennale für zeitgenössische Kunst in Luxemburg und Leiter des Internationalen Postgraduierten-Programms in Nantes. Seit 2004 ist er Direktor der Hamburger Deichtorhallen, einer der größten Ausstellungsstätten für Wechsellausstellungen in Deutschland.

Eisel dazu: „Ich habe in Hamburg gesehen wie er Ausstellungen gestaltet und war sehr beeindruckt. Sein Hamburger Motto „Lokal auf die Stadt zugehen, global agieren“ passt auch sehr gut auf Bonn. Wer sich mit ihm unterhält, spürt auch schnell wie gut seine internationalen Kontakte zu den großen Museen und Sammlungen sind. Ich bin sicher, dass er ein würdiger Nachfolger von Wenzel Jacob sein wird.“

Eisel dankte zugleich dem Interimsintendanten der Bundeskunsthalle Christoph Vitali: „Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er in der Krise im letzten Jahr kurzfristig eingesprungen ist.“

General-Anzeiger 10.12.2008

Röttgen verteidigt das Konjunkturpaket

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion spricht beim Ortsverband Holzlar/Hoholz

Von Stefan Knopp

GIEGELN. Die Aussage eines Gastes, die Erklärungen von Politikern zur Finanzkrise gingen oft über die Köpfe der Menschen hinweg, fand am Ende der Vortragsveranstaltung der CDU Holzlar/Hoholz am Montagabend breite Zustimmung. Norbert Röttgen, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU im Bundesland und wohnhaft in Vinxel, tat sein Bestes, um sich bei seinem Vortrag zum „Weg aus der Krise“ verständlich auszu-drücken.

Der „Generalsekretär unserer Bundestagsfraktion“, wie ihn CDU-Bundestagsmitglied Stephan Eisel bei seiner Einführung nannte, erläuterte den gut 30 Interessierten in der Gaststätte Rosen die Ursachen der Finanzkrise und die Maßnahmen des Konjunkturpaketes der Bundesregierung aus der Sicht der CDU. Es gehe nicht darum, bestimmte Banken oder private Interessen zu bedienen. „Es ist eine Garantie dafür, dass der Staat das Ausfallrisiko übernimmt, und soll in erster Linie eine psychologische Wirkung haben“, so Röttgen. Er lobte das „erfreuliche Zusammenspiel“ zwi-



Stephan Eisel (rechts) und Christoph Brüssel (links) begrüßen Norbert Röttgen.

schon Politik und Verfassungssituationen“, das ein schnelles Schnüren des Konjunkturpaketes ermöglicht habe. „Das hat ein beachtliches Maß des Funktionierens der parlamentarischen Demokratie gezeigt.“ Röttgen machte auch seine Meinung zu den Konsequenzen aus der Krise deutlich.

„Wir haben an der Finanzkrise gesehen, dass am Ende nur der Staat das Gemeinwohl des Wirtschaftssystems gewährleisten kann“, sagte er. Zwischen dem Kapitalismus von USA und Großbritannien und der „Politik staatsautoritärer Wirtschaft in Russland und China“ stehe die soziale Marktwirtschaft

als bewährtes Mittel. „Die Krise bedeutet auch die Stunde Europas“, meinte er. „Wir dürfen uns nicht weiter an die Globalisierung anpassen, sondern müssen unsere eigene Vorstellung davon entwickeln.“ Die spannende Frage sei nun, wie sich die soziale Marktwirtschaft auf die

vernetzte Weltwirtschaft übertragen lässt. „Ohne eine moralische Basis kann die Finanzordnung nicht bestehen“, schloss er seinen Vortrag. „Und der Staat sollte Hüter dieser Ordnung sein.“

Christoph Brüssel, Vorsitzender der CDU Holzlar/Hoholz, läutete nach diesem „Kompass durch die Krise dieser Welt“, für den Röttgen viel Zuspruch erhielt, die Diskussion ein. Einige Gäste drückten ihre Meinung zum Umgang mit der Finanzkrise aus. Diese solle nicht zu Wahlgeschkenversprechen beim kommenden Wahlkampf verleiten, äußerte ein Teilnehmer. „Darüber wird es kein Abkommen unter den Parteien geben“, antwortete Röttgen. „Letztlich müssen die Wähler entscheiden, ob sie Wahlgeschkenke oder nachhaltige Politik wollen.“ Für Diplom-Volkswirt Peter Spary war die Politik nicht mäßig genug. „Ich hätte mir ein bisschen mehr Kritik zum Beispiel an Wissenschaften ge-staatlichen Aufsichtsgremien gewünscht, die das alles nicht vor-ausgesehen hätten.“ Warnungen habe es gegeben, meinte Röttgen. „Es ist eine der interessantesten Fragestellungen zur gesamten Finanzkrise, warum einige etwas gesehen haben und andere nicht.“

FOTO: MAX MALSCH



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 69

11. Dezember 2008

Heroin darf kein Arzneimittel werden

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich gegen die Zulassung von synthetischem Heroin (Diamorphin) als Arzneimittel ausgesprochen und lehnt einen entsprechenden Gruppenantrag von SPD-Abgeordneten im Bundestag ab: „Das wäre ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, denn unser Ziel muss der Drogenausstieg bleiben und darf nicht der gesetzlich legitimierte Drogenersatz werden.“

Eisel unterstrich, dass das „Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger“, an dem sich Bonn beteiligt, auch ohne eine gesetzliche Anerkennung von Heroin als Medikament möglich ist: „Es geht bei dem SPD-Antrag vor allem darum, die Kosten für die Heroinsubstitution auf die Krankenversicherungen und damit auf alle Versicherten zu übertragen. Wenn eine Kommune das Heroin-Modellprojekt durchführen will, muss sie auch die entsprechenden Kosten tragen. Die meisten Städte wollen das nicht, zumal für Schwerst-Drogenabhängige auch das sog. das Methadon-Programm zur Verfügung steht, das viele Fachleute für wirksamer halten.“

Eisel will sich im Bundestag dafür einsetzen, die Fortsetzung des Modellprojektes auf der bisherigen Finanzierungsgrundlage zu ermöglichen, bei dem der Bundesanteil zehn Prozent betrage und der Bund Evaluationskosten übernimmt, um die Fortführung der Behandlung weiter unter Studienbedingungen zu verfolgen: „Das gesamte Heroin-Projekt ist sehr umstritten. Bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses am 19. September 2007 haben Sachverständige, Ärzte und Krankenversicherungen schwerwiegende fachliche Bedenken vorgetragen. Ich halte es auch für sehr problematisch, dass die Evaluierung des Projektes von denjenigen vorgenommen wurde, die selbst den Modellversuch durchgeführt haben und somit auch ein materielles Interesse an seiner Fortsetzung haben. Zur Klärung dieser offenen Fragen wollen wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den interessierten Kommunen die Fortsetzung des Versuchs mit einem neuen Studiendesign und einer unabhängigen Projektbegleitung ermöglichen.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 70

17. Dezember 2008

Bund legt bei Godesburg nach: Sanierungszuschuss um eine halbe Million Euro erhöht

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Mittel zur Sanierung der Godesburg deutlich aufgestockt: „Schon in der ersten Stufe eines Sonderprogramms zum Denkmalschutz hat der Haushaltsausschuss im September 100.000 € zur Sanierung der Godesburg bewilligt. Jetzt kommen in der zweiten Stufe noch einmal 500.000 € dazu. Damit finanziert der Bund mit insgesamt 600.000 € die Hälfte der Gesamtkosten der Sanierung, die bei 1,2 Mio € liegen.“

Die Godesburg ist damit eines von bundesweit ca. 150 Projekten, die aus einem Sonderprogramm des Bundes zum Denkmalschutz gefördert werden. Mit den Sondermitteln in Höhe von 40 Mio € im Kulturhaushalt des Bundes werden „nur dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmalern gefördert, die allgemein das nationale kulturelle Erbe mit prägen“. Eisel wies darauf hin, dass mit der Förderung auch anerkannt werde, dass die Godesburg nicht nur regionale Bedeutung habe, sondern zum nationalen Kulturerbe gehöre.

Eisel hat sich als Mitglied im Kulturausschuss besonders für die Förderung der Godesburg eingesetzt. Die Sondermittel sind im Haushalt des Kulturstaatsministers der Bundesregierung veranschlagt. Von den vorliegenden Anträgen wurden weniger als ein Drittel in die Förderung einbezogen. Ohne Bundeszuschuss hätten Stadt und Land die Sanierungskosten alleine tragen müssen.

General-Anzeiger
6.17. Dezember 2008

■ Die politische Lage in China war Thema eines Gesprächs zwischen dem chinesischen Dissidenten **Wei Jingsheng** und dem Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel**. Wei sagte, er habe große Sorgen, dass sich die sozialen Schichten in China immer weiter voneinander entfernen würden. Die wirtschaftliche Entwicklung führe für wenige Chinesen zu großem Reichtum, viele Menschen würde sie jedoch in die Armut führen. mfa

General-Anzeiger
18.12.2008

Mehr Geld für die Godesburg

Bund legt für Sanierung
500 000 Euro nach

BAD GODESBERG. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat den Zuschuss zur Sanierung der Godesburg um eine halbe Million Euro aufgestockt. Das teilte der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** gestern mit. Bereits im September hatte der Ausschuss 100 000 Euro für die Renovierung des Godesberger Wahrzeichens bewilligt. Mit den jetzt insgesamt 600 000 Euro trägt der Bund die Hälfte der Gesamtkosten für die Sanierung der Godesburg. Ohne diesen Zuschuss hätten die Stadt Bonn und das Land Nordrhein-Westfalen die Sanierungskosten allein stemmen müssen.

Die Mittel stammen aus einem Sonderprogramm des Bundes zum Denkmalschutz in Höhe von 40 Millionen Euro, mit dem laut Eisel nur dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmalern gefördert werden, die das nationale kulturelle Erbe mit prägen. Mit dem Zuschlag werde daher auch anerkannt, dass die Godesburg nicht nur regionale Bedeutung habe, sondern zum nationalen Kulturerbe gehöre, so Eisel. ej

General-Anzeiger
10.12.2008

Bürgersprechstunde

BONN. Anliegen, Vorschläge und Ideen können Bonner heute an **Stephan Eisel** richten. Die zweistündige Bürgersprechstunde beginnt um 16 Uhr im Wahlkreisbüro, Markt 10-12, des CDU-Bundestagsabgeordneten. hkk

General-Anzeiger
18. 12. 2008

Empfehlung für Eisel

Bundestagskandidatur ist aber nicht unumstritten

Von Lisa Inhoffen

BONN. Als Stephan Eisel dank eines aussichtsreichen Listenplatzes im September 2007 für die Bonner CDU in den Bundestag nachrückte, hatte der promovierte Politikwissenschaftler und einstige Mitarbeiter von Altbundeskanzler Helmut Kohl bereits zwei vergebliche Anläufe hinter sich, das Direktmandat in Bonn zu holen. Bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 hatte ihn der Kandidat der SPD, Ulrich Kelber, jedes Mal geschlagen. Eine Schmach, fanden und finden immer noch viele Parteifreunde Eisels, handelt es sich doch um den altherwürdigen Adenauer-Wahlkreis, der bis dahin stets fest in CDU-Hand gewesen war. Jetzt will Eisel ein drittes Mal antreten.

Das stößt parteiintern nicht nur auf Gegenliebe, wie der GA erfuhr. Eher halbherzig, so hieß es, habe der Kreisvorstand am Montagabend seine Empfehlung für Eisel als Kandidaten ausgesprochen, bei sechs Ja-Stimmen und immerhin fünf Enthaltungen. Der Abstimmung vorausgegangen sei eine Kontroverse über Für und Wider einer erneuten Kandidatur Eisels, bestätigte Parteichef Axel Voss dem GA auf Nachfrage. Sicherlich gebe es Stimmen, die nach den Konsequenzen fragten, falls Eisel auch den dritten Anlauf im Herbst 2009 nicht schaffen würde, sagte er weiter. Zur GA-Information, dass Vorstandsmitglieder für diesen Fall von Eisel vorab die Zusage hatten erhalten wollen, sich anschließend nicht mehr bundespolitisch zu engagieren, damit die Bonner CDU endlich einen neuen Kandidaten aufbauen könne, äußerte sich Voss indes nicht. „Rein theoretisch könnte man so etwas diskutieren“, sagte er lediglich, „aber für uns ist Stephan Eisel jetzt der aussichtsreichste Kandidat und wir gehen



Auch die Klaviatur der Politik beherrscht Eisel gut. FOTO: MALSCH

davon aus, dass er den Wahlkreis holt.“ Im übrigen werte er das Vorstandsvotum „positiv“, schließlich habe es keine Nein-Stimme gegeben. „Das ist für mich ein Zeichen zur Zufriedenheit mit der Arbeit Eisels als Bundestagsabgeordneter“, sagte Voss.

Die Kür Eisels zum CDU-Direktkandidaten auf einer Mitgliederversammlung ist für den 15. Januar geplant. Ein Mitbewerber ist nicht in Sicht. In der Tasche hat der 53-Jährige bereits die Empfehlungen seines Heimatbezirksverbands Beuel und des Bezirksverbands Hardtberg sowie der Seniorenunion. „Ich habe mich gewundert, keine Nein-Stimme im Kreisvorstand bekommen zu haben“, gibt er sich selbstbewusst. Im übrigen hätten Willy Brandt und Christian Wulff ebenfalls drei Anläufe gebraucht, bis sie Kanzler beziehungsweise niedersächsischer Ministerpräsident geworden seien. Auf die Frage, ob er bei einer erneuten Niederlage 2009 endgültig von der Politbühne abtreten werde, sagte Eisel: „Das ist so, als wenn man mich fragt, wie ich meinen 85. Geburtstag feiern will.“

Weiterer personeller Paukenschlag

von Jan Philipp Heit, 12.12.08, 19:45

Nach der stellvertretenden Leiterin Zhang Danhong ist nun auch der Leiter der China-Redaktion der Deutschen Welle, Matthias von Hein, von seinem Posten enthoben worden. Außerdem werden gegen weitere Mitarbeiter der Redaktion arbeitsrechtliche Maßnahmen getroffen.



Zhang Danhong

Das sagte der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann, im Laufe einer Anhörung im Bundestag, bei der auch chinesische Dissidenten und China-Wissenschaftler anwesend waren. Auslöser der personellen Konsequenzen war ein bizarres Detail der seit Monaten schwelenden Affäre um die China-Redaktion, der Kritiker vorwerfen, sozialistische Propaganda im Sinne der KP Chinas zu betreiben. So gelangte ein Interview mit DW-Mitarbeiterin Zhang auf

die Internetseiten der Welle. Darin griff sie eine in den USA lebende chinesische Dissidentin an, die zuvor den Sender und auch Zhang in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kritisierte. Doch mit dem personellen Paukenschlag dürfte die Deutsche Welle immer noch nicht aus den Schlagzeilen sein. Nachdem der Rundfunkrat die Vorwürfe gegen die Redaktion als „haltlos“ bezeichnete und der in Bonn angesiedelte deutsche Auslandssender das Kapitel damit für erledigt erklären wollte, meldet sich nun der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel zu Wort. Eisel liegen nach eigener Aussage Übersetzungen von Beiträgen vor, die er als „besonders einseitig“ und „regimefreundlich“ bezeichnet. Pikant: Der DW-Rundfunkrat hatte sich etliche Beiträge übersetzen lassen und kam danach zu seiner Entlastung der Redaktion. Eisel: „Ich frage mich, warum bestimmte Beiträge ausgespart wurden.“ Bettermann konnte darauf in der Bundestagsanhörung keine Antwort geben, versprach aber, diese schriftlich nachzureichen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Hörfunk und Telemedien des DW-Rundfunkrats, Hans-Uwe Erichsen, sagt, dass er an der Auswahl der fünf Themenkomplexe, mit denen sich sein Gremium befasst hat, beteiligt war. Der Münsteraner Hochschullehrer will nun den von Eisel genannten Fällen nachgehen und sich eigene Übersetzungen machen lassen.

Die Informationen in diesem Artikel sind ausschließlich aus den Quellen der Deutschen Welle entnommen.

Copyright 2008 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.

22.

Börnsen/Grindel/Eisel: Bärendienst für Bettermann

Zur Presseerklärung der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Jörg Tauss zur China-Berichterstattung der Deutschen Welle erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB und die zuständigen Berichterstatter Reinhard Grindel MdB und Dr. Stephan Eisel MdB:

Es ist einer sachlichen Aufklärung nicht dienlich, wenn die SPD-Bundestagsabgeordneten Griefahn und Tauss bereits während des noch laufenden Informationsgesprächs des Kulturausschusses zur China-Berichterstattung der Deutschen Welle öffentliche Bewertungen vornahmen und Generalabsolution erteilen. Dass die SPD damit Agenturmeldungen zu einem Zeitpunkt hervorgerufen hat, zu dem der Ausschuss noch mitten in seiner Sitzung war, ist peinlich.

Die Aussage von Frau Griefahn und Herrn Tauss, es gebe keinen Grund, die journalistische Qualität der China-Berichterstattung der Deutschen Welle in Frage zu stellen, ist deshalb abstrus, weil DW-Intendant Erich Bettermann bereits selbst öffentlich Schwächen in der Berichterstattung eingeräumt und eine Qualitätsoffensive angekündigt hat. Das hat er vor den Abgeordneten auch wiederholt. Da bei dem Gespräch des Kulturausschusses eine Reihe von Fragen offen geblieben ist, die jetzt schriftlich beantwortet werden soll, ist es für eine abschließende fachliche und politische Bewertung der Arbeit der DW noch viel zu früh.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle leisten insgesamt eine allseits anerkannte gute journalistische Arbeit. Deshalb haben weder sie noch die Deutsche Welle als Ganzes es verdient, wenn Einzelaspekte unangemessen in den Vordergrund gestellt werden.

MITTEILUNG | 19.12.2008

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB

Redaktion:

Dr. Christiane Schwerte (030) 227-5 23 60

Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75

Martin Kreienbaum (030) 227-5 48 06

Dr. Dominik Geißler (030) 227 5 27 03

Telefax (030) 227-5 66 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

Kommentar

Abwegiger Vorschlag

Von Frank Vallender

Heroin auf Rezept - mit dieser Forderung kann man noch immer die Gemüter erhitzen, vor allem in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion in Berlin. Auch der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel spricht sich jetzt gegen eine Legalisierung von Heroin als Medikament aus. Damit wendet sich der CDU-Politiker indirekt auch gegen die dauerhafte Behandlung an sich, die in anderen europäischen Ländern durchgeführt wird und deren Erfolg auch in Deutschland mit dem Modellprojekt unter Beweis gestellt wurde.

Denn Eisels Forderung, statt der Krankenkassen sollten die Kommunen die jährlichen Kosten in sechs- bis siebenstelliger Höhe mehr oder weniger alleine schultern, ist unrealistisch. Eisel ist Politikprofi genug, um zu wissen, dass eine solche freiwillige Finanzierung auf sehr wackeligen Füßen stünde. Die Kämmerer könnten jederzeit mit dem Verweis auf die schlechte Finanzlage ihrer Kommunen den Zuschuss für die Behandlung der Schwerstkranken infrage stellen. Und diese müssten von Jahr zu Jahr bangen, ob sie weiterbehandelt werden. Das macht Patienten nicht gerade Mut, an einem Ausstieg aus der Drogensucht mitzuarbeiten.

Auch der Vorschlag, die Studie unter neuen Voraussetzungen noch einmal neu aufzurollen, ist abwegig. Man darf getrost fragen, wie lange denn noch geforscht werden soll. Schließlich ging es bei dem Projekt in erster Linie darum, eine medizinische Grundlage für das Gesetzgebungsverfahren zu haben. Den Sinn der Behandlung haben Studien in anderen Ländern schon vor Jahren erbracht.

Wer also schwerstkranken Heroinabhängigen helfen will, der sollte die Gesetzesinitiative im Bundestag unterstützen. Oder klar sagen, dass er die Heroinbehandlung nicht will.

Eisel und die CDU bei Heroinprojekt uneins

Der Bundestagsabgeordnete meint, die Kommunen sollten die umstrittene Therapie selbst zahlen

Von Frank Vallender

BONN. Dieser Alleingang des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel passt offensichtlich nicht einmal den eigenen CDU-Kollegen in Bonn: „Diese Mitteilung war nicht mit uns abgestimmt“, sagte gestern CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger auf GA-Anfrage. „Wir schließen uns dem so nicht an.“

Ausgelöst hat das Kopfschütteln in der Bonner CDU eine Pressemitteilung Eisels, in der dieser sich gegen die gesetzliche Zulassung von Diamorphin (reines Heroin) als Medikament zur Behandlung schwerstkranker Heroinabhängiger ausspricht. Wie mehrfach berichtet, hatte sich der Bundesrat nach dem erfolgreichen Abschluss

eines mehrjährigen Projekts, das auch in Bonn lief, 2007 für einen Gesetzesantrag zur Legalisierung von Heroin ausgesprochen. Selbst CDU-regierte Bundesländer wie NRW, Niedersachsen und Hessen befühlten die staatliche kontrollierte Abgabe von Heroin auf Rezept. Umstritten bleibt die Behandlungsmethode jedoch weiterhin im Bundestag: in der CDU/CSU-Fraktion gibt es immer noch Stimmen, die gegen eine Legalisierung und gegen eine Abrechnung über die Krankenkassen sind.

Anfang dieses Monats hatte dann der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber die Hoffnung geäußert, dass ein Gesetzentwurf auch im Bundestag mehrheitsfähig sei. Im Januar soll ein solcher Entwurf eingebracht werden - „mit Unterstützung der

anderen Parteien“, so Kelber. Eisel wird diesen Antrag nicht mitunterstützen, wie er jetzt sagte: „Das wäre ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, denn unser Ziel muss der Drogenausstieg bleiben und darf nicht der gesetzlich legitimierte Drogensatz werden.“

Eisel sagte, dass das bis 2010 in Bonn finanzierte „Modellprojekt“ auch ohne eine gesetzliche Anerkennung von Diamorphin als Medikament möglich ist. „Es geht bei dem SPD-Antrag vor allem darum, die Kosten für die Heroinsubstitution auf die Krankenkassen und damit auf alle Versicherten zu übertragen.“ Wenn eine Kommune das Projekt durchführen wolle, müsse sie auch die Kosten tragen.

Auf Bonn übertragen heißt das: Die Stadt soll selbst die Kosten in sechsstelliger Höhe tragen. 2008

beispielsweise zahlte Bonn 613 720 Euro für die Behandlung der noch 35 verbliebenen Patienten, nur 18 222 Euro gab der Bund dazu. Deshalb sieht Georg Fenninger das ganze Projekt gefährdet - „wenn es nicht endlich über die Krankenkassen finanziert wird“.

Eisel will sich dafür einsetzen, die Fortsetzung des „Modellprojektes“ auch wegen verschiedener offener Fragen unter neuen Rahmenbedingungen auf der bisherigen Finanzierungsgrundlage zu ermöglichen. Ansonsten gäbe es ja noch die Möglichkeit, mit Methadon zu behandeln, so der Politiker. Das jedoch wäre laut Experten für die Patienten die schlechteste Lösung, weil diese Therapie ja eben nichts gebracht habe.

Siehe Kommentar

General-Anzeiger
23.12.2008

DROGENPOLITIK

Alleingang löst Kopfschütteln aus

Erstellt 23.12.08, 10:55h

Der CDU-Mann meint, die Kommunen sollten die Kosten für den Einsatz von Heroin als Medikament selber tragen. Damit stößt er in der eigenen Partei auf wenig Gegenliebe.



Kein kostenloses Heroin: Mit diesem kategorischen Standpunkt hat der Abgeordnete Stephan Eisel für Kopfschütteln gesorgt. BILD: DPA

BONN Dieser Alleingang des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel passt offensichtlich nicht einmal den eigenen CDU-Kollegen in Bonn: „Diese Mitteilung war nicht mit uns abgestimmt“, sagte gestern CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger auf Anfrage. „Wir schließen uns dem so nicht an“.

Ausgelöst hat das Kopfschütteln in der Bonner CDU eine Pressemitteilung Eisels, in der dieser sich gegen die gesetzliche Zulassung von Diamorphin (reines Heroin) als Medikament zur Behandlung schwerstkranker Heroinabhängiger ausspricht. Wie mehrfach berichtet, hatte sich der Bundesrat nach dem erfolgreichen Abschluss eines mehrjährigen Projekts, das auch in Bonn lief, 2007 für einen Gesetzesantrag zur Legalisierung von Heroin ausgesprochen. Selbst CDU-regierte Bundesländer wie NRW, Niedersachsen und Hessen befürworten die staatliche kontrollierte Abgabe von Heroin auf Rezept. Umstritten bleibt die Behandlungsmethode jedoch weiterhin im Bundestag: In der CDU / CSU-Fraktion gibt es immer noch Stimmen, die gegen eine Legalisierung und gegen eine Abrechnung über die Krankenkassen sind.

Anfang dieses Monats hatte dann der Bonner SPD-Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber die Hoffnung geäußert, dass ein Gesetzentwurf auch im Bundestag mehrheitsfähig sei. Im Januar soll ein solcher Entwurf eingebracht werden - „mit Unterstützung der anderen Parteien“, so Kelber.

Eisel wird diesen Antrag nicht mitunterstützen, wie er jetzt sagte: „Das wäre ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, denn unser Ziel muss der Drogenausstieg bleiben und darf nicht der gesetzlich legitimierte Drogenersatz werden.“ Eisel sagte, dass das bis 2010 in Bonn finanzierte „Modellprojekt“ auch ohne eine gesetzliche Anerkennung von Diamorphin als Medikament möglich ist. „Es geht bei dem SPD-Antrag vor allem darum, die Kosten für die Heroinsubstitution auf die Krankenversicherungen und damit auf alle Versicherten zu übertragen.“ Wenn eine Kommune das Projekt durchführen wolle, müsse sie auch die Kosten tragen.

Auf Bonn übertragen heißt das: Die Stadt soll selbst die Kosten in sechsstelliger Höhe tragen. 2008 beispielsweise zahlte Bonn 613 720 Euro für die Behandlung der noch 35 verbliebenen Patienten, nur 18 222 Euro gab der Bund dazu. Deshalb sieht Georg Fenninger das ganze Projekt gefährdet - „wenn es nicht endlich über die Krankenkassen finanziert wird“.

Eisel aber will sich im Bundestag dafür einsetzen, die Fortsetzung des Projektes auf der bisherigen Finanzierungsgrundlage zu ermöglichen. Ansonsten gäbe es ja die Möglichkeit, mit Methadon zu behandeln, so der Politiker.

Das jedoch wäre für die Patienten die schlechteste Variante: Schließlich werden sie ja gerade mit Heroin behandelt, weil andere Therapien erfolglos waren. (val)

44



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 72

29. Dezember 2008

Jahresbilanz 2008: Bund setzt wichtige Zeichen für Bonn

Eine positive Zwischenbilanz seiner Arbeit für Bonn im Bundestag zog der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel zum Jahresende: „Der Bund hat 2008 wichtige Zeichen in und für Bonn gesetzt. An erster Stelle sind dabei die Ansiedlung des nationalen Demenzforschungszentrums mit einem Jahresetat von 35 Mio € und die Bewilligung von 20 Mio € für den Umbau des Alten Abgeordnetenhauses als neue Heimat des Weltklimasekretariats zu nennen.“

Eisel lobte die Zusammenarbeit mit seinen Bonner Abgeordnetenkollegen Ulrich Kelber und Guido Westerwelle: „Wenn es um Bonn-Berlin geht ziehen wir an einem Strang und glücklicherweise auch in die gleiche Richtung.“ Besonders wichtig sei der Regierungsbericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages gewesen, dass die beiden Regierungsstandorte nur 8,8 Mio € an jährlichen Kosten verursachen: „Damit ist klar, dass der Steuerzahler durch den Verzicht auf einen Totalumzug jährlich ca. 190 Mio € einspart.“ Erfolgreich habe man Umzugsforderungen für die Flugbereitschaft der Bundesregierung und das Bundesamt für Bauwesen abgewehrt. Der Umzugsbeschluss des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) bleibe dagegen ein unnötiges Ärgernis, über das man nicht zur Tagesordnung übergehen dürfe.

Als weitere Erfolge nannte Eisel die dauerhafte Sicherung der Konzerte auf der Museumsmeile und die Berufung des neuen Intendanten der Bundeskunsthalle. Er erinnerte auch an die Zeichen der Sympathie für Bonn von Bundeskanzlerin Merkel – sei es durch die Schirmherrschaft für das 60-Jahres-Jubiläum des Olympischen Fechtclubs Bonn (OFC) oder die Wiedereinführung des Karnevalsempfangs im Kanzleramt. Besonders wichtige Aufgaben der Arbeit für Bonn im Bundestag im kommenden Jahr sind nach Eisels Auffassung die Realisierung des Beethoven-Festspielhauses und die prominente Positionierung Bonns bei den nationalen Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes.